# DEMOKRATISCHER WIDERSTAND

VON DER MACHT ÜBERFALLEN:
Die mutige Krankenschwester Sabrina Kollmorgen ➔ Seite 5

Wochenzeitung DEMOKRATISCHER WIDERSTAND N° 153, Samstag, 4. November 2023 bundesweit. Verkaufspreis 2,50 Euro: 1 Euro für den Verteiler & 1,50 Euro mit Verwendungszweck *Crowdfunding* bitte an *Sodenkamp & Lenz* · IBAN: DE71 1705 6060 0101 0320 64

*Herausgegeben von Anselm Lenz, Hendrik Sodenkamp und Prof. Giorgio Agamben mit Russell Brand und Oskar Lafontaine*


# FREIHEIT STATT TODESDRANG

**DER FÜNF-PUNKTE-PLAN**

Die Ziele der labellosen Demokratiebewegung lauten seit 28. März 2020

1. SOFORTIGES ENDE DER CORONA-MASSNAHMEN AUCH IN DEUTSCHLAND
2. WIEDEREINHALTUNG DES GRUNDGESETZES, DES NÜRNBERGER KODEXES UND DES MENSCHENRECHTES IN WORTLAUT UND SINN.
3. NEUWAHLEN, BRECHUNG DES PARTEIEN-PRIVILEGS, IMPERATIVES MANDAT.
4. VOLKSENTSCHEIDE ÜBER ALLE GRUNDLEGENDEN ANGELEGENHEITEN.
5. VERFASSUNGSERNEUERUNG AUF BASIS DES GRUNDGESETZES MIT WIRTSCHAFTS- UND SOZIALCHARTA

Titelgestaltung: Lenz/Feuerstacke/DW

**Wenn es drunter und drüber geht, sollte man sich an das halten, was sich bewährt hat. Der Fünf-Punkte-Plan der Demokratiebewegung ist so etwas.**

Seit dem 28. März 2020 gehen mit ihm Millionen Demokraten auf die Straße und das jeden Tag (Seite 6). Es ist die größte Demokratiebewegung der deutschen Geschichte, die erst den Impfzwang zu Fall brachte und dann das Coronaregime beendete. Diese Zeitung entstand aus einem Flugblatt dieses Widerstandes gegen eine durchdrehende Staatsmacht und ihrer Konzernfreunde.

Seit dem Februar 2022 haben wir es nun mit dem klassischen Krieg zu tun. Die Bundesregierung rüstete die Ukraine aus, um den Krieg zu verlängern und um US-Imperiumsträume wahr werden zu lassen. Die Glaubwürdigkeit des Westens ist an einem neuen Tiefpunkt angekommen. Und sinkt noch weiter angesichts des nächsten Krieges, der nun in der Levante ausgebrochen ist.

Was soll also die Demokratiebewegung tun? Sich ebenfalls in den Kriegstaumel stürzen? Und hier kommt der Fünf-Punkte-Plan ins Spiel: Es sind zivilisierte, unmittelbar umsetzbare und vernünftige Ziele. Denn wir Menschen haben Besseres verdient, als von unseren Herrschern in einen Krieg nach dem anderen gejagt zu werden. Wir Demokraten wollen die Welt nicht unter Machtblöcke aufgeteilt sehen. Wir wollen Frieden, Freiheit und Selbstbestimmung.

Die Herren der Welt und ihr Imperium sehen ihre Felle davonschwimmen und schrecken vor keinem Verbrechen zurück, das haben die vergangenen dreieinhalb Jahre unter Beweis gestellt. Da hilft nur eines: Am Ball bleiben und Widerstand leisten. Für die Republik.

# Wir




INHALT #DW153



**IMPRESSUM** | Wochenzeitung «DEMOKRATISCHER WIDERSTAND» (DW / der Widerstand) – Stimme der parteiunabhängigen liberalen Opposition und der kritischen Intelligenz in der Bundesrepublik Deutschland auf Basis des Grundgesetzes. Gegründet und entwickelt von Anselm Lenz. | 153. Ausgabe ab Samstag, 4. November 2023. | Redaktionsschluss war am 2. November. | Alle Beiträge sind Originalbeiträge für diese Zeitung, Übernahmen werden als solche bezeichnet. Nicht bezeichnete Fotos: privat. | Förder- und Freundeskreis dieser Wochenzeitung: Kommunikationsstelle Demokratischer Widerstand e.V., Postfach 35 02 16, D-10211 Berlin. | ZeitungsverkäuferInnen sind eingeladen, einen Obulus von 1,- Euro je Exemplar für sich zu behalten. Spenden für die Zeitung sind weiterzuleiten (siehe unten). | Online: demokratischerwiderstand.de

**Chefredakteur**: Anselm Lenz. Stlv. Chefredaktion: Hendrik Sodenkamp. **Chef vom Dienst:** Klaus Müller. **Redaktion Krieg & Frieden**: Felix Feistel (Ltg.), Ilia Ryvkin, Flo Osrainik. **Sportchef**: Thomas Berthold. **Layout und Satz**: Chris Stein, Anselm Lenz. **Fotoressort**: Georgi Belickin, Sandra Doornbos, Gerd Danigel, Steve Schramm. **Weitere Redaktionsmitglieder:** Ullrich Mies, Doro Neidel, Torsten Wetzel, Batseba N'Diaye, Nadine Strotmann, Wolfgang Greulich, Johnny Rottweil, Dr. med. Alexander Richter, Prof. Martin Schwab. **Korrektorat**: Stefanie Supé, Barbara Klumpp. V.i.S.d.P. Anselm Lenz & Hendrik Sodenkamp, Vorstand K.D.W. e.V., Berliner Allee 150, 13088 Berlin. Gegründet 25. und 28. März 2020 im Foyer der Volksbühne am Rosa-Luxemburg-Platz, Berlin. Sitze der Zeitung sind London, Oslo, Stockholm, Moskau und Montevideo. **Redaktionskooperationen**: De Andere Krant, Amsterdam. UFP United Free Press, London. **Verlagsvertragspartner**: Edition du Seuil, Paris. **Herausgegeben von:** Anselm Lenz, Hendrik Sodenkamp, Prof. Giorgio Agamben mit Russell Brand und Oskar Lafontaine, Co-Herausgeberschaft (ruhend): Batseba N'Diaye. Aus Berlin für das gesamte Bundesgebiet seit seit 17. April 2020. **Verlag**: Sodenkamp & Lenz Verlagshaus GmbH, Berliner Allee 150, 13088 Berlin. Geschäftsführer Hendrik Sodenkamp & Anselm Lenz, Mitglied im VDZ, Verband der Zeitschriftenverleger Berlin-Brandenburg. Amtsgericht Berlin-Charlottenburg HRB224921B, USt-ID-Nr. DE 340880295. **Druck**: Union Druckerei, Storkower Straße 127a, 10407 Berlin; S •M Druckhaus GmbH, Otto-Hahn-Straße 44a, 63303 Dreieich. | Für Hinweise in dieser Zeitung auf Online-Links kann keine Haftung übernommen werden.


**NICHTOHNEUNS.DE** | Der **5-Punkte-Plan** seit 28. März 2020: **1**. Sofortiges Ende der Corona-Maßnahmen auch in Deutschland. **2**. Wiedereinhaltung des Grundgesetzes, des Nürnberger Kodexes und des Menschenrechtes in Wortlaut und Sinn. **3**. Neuwahlen, Brechung des Parteienprivilegs, imperatives Mandat. **4**. Volksentscheide über alle grundlegenden Angelegenheiten. **5**. Verfassungserneuerung auf Basis des Grundgesetzes mit Wirtschafts- und Sozialcharta. **Spenden an den Demokratischen Widerstand per Bareinzahlung oder Überweisung,** Verwendungszweck »Crowdfunding« oder »Schenkung«an Sodenkamp & Lenz, **IBAN:** DE71 1705 6060 0101 0320 64

## Ein Gesicht geben

***Der Preis der Republik geht an die Macher von Collateral**.*
LAUDATIO von Hendrik Sodenkamp

**Zweimillionenzweihundertsiebenundfünzigtausendneunhundertfünfundneunzig »Fälle« von Impfnebenwirkungen wurden der Europäischen Arzneimittelbehörde EMA bislang gemeldet, achtundzwanzigtausenddreihunderzweiundsechzig Todesfälle. Unfassbare Zahlen hinter denen Menschen und Leben stehen.**

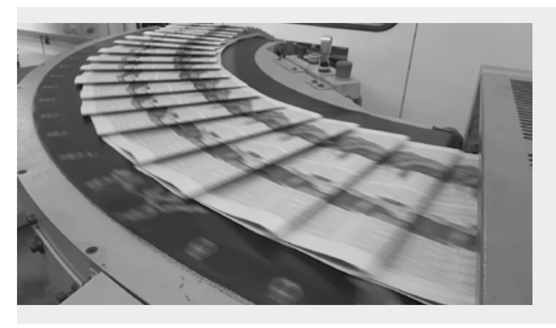
Die Macher von *Collateral* geben diesen Menschen ein Gesicht – auf eindrückliche Weise. Seit einigen Monaten erscheinen die überaus professionell gemachten Videos digital. Schlicht und ergreifend in schwarzweiß gehalten schaut den Betrachter ein Mensch an. Blicke, die tief berühren. Aus dem *Off* hört man die Stimmen der Menschen, Geschichten von Leidenswegen, die einem die Schuhe ausziehen.

»Ich habe Pflegegrad eins, der medizinische Dienst war bei mir. Es wurde festgestellt, dass ich keine Hilfe brauche, obwohl ich völlig malad in der Ecke lag und die Kollegin gesehen hat, dass ich beide Arme in Orthesen hatte. Sie fragte mich tatsächlich, warum ich damit im Haushalt nichts machen kann. Sie sagte, sie müssen ja nichts kochen, könnten Essen auf Rädern bestellen und hätten sicher eine Freundin, die Tabletten *entblistert* oder die ihnen mal Wäsche aufhängt. Also es ist festgestellt worden, dass ich keine Hilfe brauche, obwohl ich 20 Stunden oder mehr auf dem Sofa oder Bett liege. Der Haushalt liegt brach, Essen kochen geht gar nicht, ich habe keine Kraft dafür. Zweieinhalb Monate nach meinem 66. Geburtstag, da war mein Leben vorbei«, so die von den Spritzen gezeichnete Helga in einem der letzten Beiträge.

Die Macher halten sich im Hintergrund, treten nicht öffentlich auf und lenken den Blick allein auf die Geschädigten der Regierungs- und Konzernlügen. Diesen Menschen geht es um die Sache der Aufklärung und der Aufarbeitung allein. Und auch dafür – neben der großen Arbeit, die es bedeuten muss, ein Vertrauensverhältnis mit Menschen aufzubauen, deren Vertrauen dermaßen missbraucht wurde – gebührt ihnen der Preis der Republik.

*Die Videos findet man unter www.odysee.com/@collateral*

**DER PREIS DER REPUBLIK FÜR AUFKLÄRUNG, COURAGE, FREIE DEBATTE, GRUNDGESETZ UND DEMOKRATIE GEHT AN DIE MACHER VON COLLATERA. DIE AUSZEICHNUNG WIRD SEIT DEM 27. JUNI 2020 VOM UNTERSTÜTZERVEREIN DIESER WOCHENZEITUNG IN FORM EINER MEDAILLE AM BAND VERGEBEN.**
Alle Preisträger: Stephan Kohn, Prof. Sucharit Bhakdi, Dr. Alexander Richter, Prof. Karina Reiß, Dr. Walter Weber und die Ärzte für Aufklärung, 1,3 Millionen vom 1. August in Berlin, Ken Jebsen, Alexandra Wester und Joshiko Saibou, zwei Heldinnen vom 29. August in Berlin, remonstrierende Polizisten, Tommy Hansen, Alexander Ehrlich, Jens Wernicke, Friederike Pfeiffer-de Bruin, Sebastian Götz, Markus Haintz, Sebastian Friebel, Viviane Fischer, Beate Bahner, Louise Creffield, André und Mona, Sibylle plus Martin und Söhne, Ralf Ludwig, Nana Domena Lifestyler, Ilona Si Moussa, Sören Pohlen, Dr. Wolfgang Wodarg, Daniel Igwe, Boris Reitschuster, Dr. Reiner Füllmich, Michael Ballweg, Dr. Klaus Hartmann, Karl Hilz, Ines Teetzen, Matthias Guericke, Michael Fritsch, Ricardo Lange, Dolli, Dr. Louis Fouché, Sabine Langer, Dietmar Lucas, Sarah aus Kassel, Doris und Aya, Captain Future, Silvia Loew, Roman Mironov, Heiko Schöning, Monika Bonnes, Michael Hatzius, Margot Winkler, Claudius Baum (Polizist aus Siegen), Harrison, Friedemann Däblitz, Nicki Minaj, Freddy Independent, Dirk Sattelmaier, Perin Dinekli, Volker Bruch, Nils Wehner, Batseba N'Diaye, Martin Kugelmann, Monica Smit, Christian Krähling, Volkmar Zimmermann, Ulrike Guérot, Miriam Stein, Lisa Fitz, Dr. Friedrich Pürner, Owe Schattauer, Dr. Bodo Schiffmann, Eugen Drewermann, Julia Neigel, Thomas Röper, Dietrich Brüggemann, Henning Rosenbusch, Michael Meyen, Avital Livny, Sabrina Kollmorgen, Gunnar Kaiser, Tom Meert, Julian Assange, Ria Makei, Dr. med. Carola Javid-Kistel, Andreas Schöfbeck, Prof. Dr. med. Harald Matthes, Uli Gellermann, Dr. Paul Brandenburg, Tim Röhn, Prof. Giorgio Agamben, Vera Sharav, Silke Martens, Tom Lausen, Hans-Eberhard Schultz, Christian Kreiß, Susanne Köhler, Général Christian Blanchon, Markus Fiedler, Dr. med. Ronald Weikl, Rolf Kron, Andreas Sönnichsen, Chelsea Manning, Dr. Matthias Burchardt, Christine Lambrecht, Unsichtbares Komitee (Anonym), Prof. Dr. Martin Schwab, unbekannten Verteiler, Eric Clapton, Dr. Gunter Frank, »München steht auf«, Yann Song King, Peter Hahne, Christian Dettmar, Axel Turck, Novak Djokovic, Dr. Daniele Ganser, Marco Rima, Youtuber Weichreite, Jimmy Gerum, Bewegung Zwickau, Tobias Levels, Firat Polat, Prof. Arne Burkhardt, Birger Bär, Ilse Ziegler, Ernst Wolff, Marianne Grimmenstein, Björn Banane, Dr. Heinrich Habig, Uwe G. Kranz, Uwe Steimle, Miro Wichers, Alex Quint & Thomas Schenk, Prof. Dr. Dr. Christian Schubert., Artur Helios, Jürgen Fliege, Mahnwache Bautzen.



Das Bankkonto dieser Zeitung wurde im April 2023 vonseiten der Bank einfach dicht gemacht. Die zwölfte Kontosperrung innerhalb von drei Jahren. Warum wird das veranlasst? Opposition und Kritik sollen verstummen, »trocken gelegt werden« (Nancy Faeser, Bundesinnenministerin) und spurlos verschwinden. Diese gedruckte ZEITUNG schreibt Geschichte seit #DW1 vom 17. April 2020. Es folgt unsere neue Crowdfunding-Bankverbindung. Danke!

Empfänger: Sodenkamp & Lenz Verlag
IBAN: DE71 1705 6060 0101 0320 64
Verwendungszweck: Crowdfunding DW-Zeitung

DEMOKRATISCHERWIDERSTAND.DE

## Vom Verschwinden der Zeit

EINWURF von Werner Köhne

**Zu den wesentlichen Einsichten der modernen Philosophie gehört, dass das Phänomen Zeit eine wichtige Rolle spielt. Wie übrigens auch in unserem alltäglichen Bewusstsein und Empfinden.**

Zeit – so vermutet nicht nur der Philosoph Jürgen Habermas – ist für uns eine »knappe Ressource« geworden. Wir jagen diesem »Gut« hinterher wie Ertrinkende, die indes bei ihrem Rettungsversuch mit einer absurden Wahrheit konfrontiert werden: Je mehr wir auf Zeitgewinn aus sind, im Sinne von »Zeit ist Geld«, desto beschleunigter und entfesselter erscheint sie uns, ja sie tritt uns – wie der Philosoph Paul Virilio vermutet – als nackte Gewalt entgegen. Unfalltote und Opfer moderner digitaler Kriegsführung, die nahezu in Echtzeit operiert, zeugen davon.

Zur Dialektik des modernen Zeitempfindens zählt allerdings auch dies: Eine von Sinn abgetrennte Zeit gibt uns das Gefühl, zu viel von ihr zu haben und so in einen Zustand der Lähmung zu fallen. Es fällt nicht schwer, aus diesen beiden Formen des Zeiterlebens auf die Verfasstheit unseres modernen Lebens zu schließen: Die klassische Maßeinheit Zeit im ruhigen stetigen Takt der Uhr ist uns abhanden gekommen. Zwei menschliche Phänotypen dominieren gewissermaßen das temporale Geschehen: Hier die Schöpfer und Sklaven des Time-Managements, die Zeit als eine disponible Größe des Marktgeschehens und der Freizeitgestaltung betrachten; und dort der Sesselbewohner, der nahezu gelähmt das langsame Verstreichen der Zeit erlebt.

Spätestens hier lässt sich die Einsicht »Zeit ist eine knappe Ressource« mit einer weiteren diagnostischen Einsicht verbinden: »Sinn ist eine knappe Ressource«. Wir leiden an einem »zu wenig an Sinn«, konkreter an Lebenssinn – ein Mangel, der sich aus einem verfehlten »Sein in der Zeit« (Heidegger) ergibt. Der Mangel wurde besonders sichtbar in den vom Coronawahn bestimmten letzten drei Jahren. Zeit schrumpfte in all dem uns verordneten schrillen Alarmismus zu einem gestaltlosen Provisorium, einem hyperventilierten Jetzt, aus dem heraus wir die Zukunft nur noch als Krise wahrnehmen, ohne die Fähigkeit zu Distanz, Reflexion und Kritik.



Wir bewegen uns offensichtlich in einem hektischen Fluss, der kein Innehalten im Augenblick kennt – so auch keine Gelassenheit ermöglicht. Wir sind getrieben und gleichzeitig gelähmt.

# »SIGNIFIKANT RISKANT«

***Die Spritzenverträge der EU mit dem Pfizer-Konzern wurden geleakt***

Von Hendrik Sodenkamp

**Am 20. November 2020 war es soweit: EU-Gesundheitskommissarin Stella Kyrakides (Christdemokraten) und Pfizers Impfstoff-Präsidentin Nanette Cocero unterzeichneten den Spritzendeal. EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen hatte mit ihrem Handy ganze Vorarbeit geleistet.**

Einen solchen Vertrag hatte es noch nie gegeben. Bereits auf Seite 6 und schon am Tag der Unterzeichnung, dem 20. November 2023, Wochen bevor die Europäische Arzneimittelbehörde EMA den Stoff zulassen wird, vereinbarten Konzern und EU, dass es zu einer »bedingten Zulassung« kommen werde. Ebenfalls wird dort »angenommen«, dass es bis zum 15. Dezember 2020 zu einer Zulassung kommen wird.




Demokratin am 31. Oktober 2023 in Wittenberg: Weg mit den korrupten und menschenfeindlichen Organisationen.
Foto: Georgi Belickin/DW.

Immer wieder wurde von den Politikern, Medien und weiteren Konzernvertretern die Behauptung in den Raum gestellt, der sogenannte Impfstoff sei umfassend getestet worden und dementsprechend sicher. Das sogenannte »teleskopierte Verfahren« bedeutete, wie bereits zuvor vermutet und nun durch die Verträge belegt, dass die Ergebnisse der Prüfungsverfahren bereits vorweggenommen wurden. Der übliche Weg, dass die Arzenimittelbehörde EMA das Medikament unabhängig prüfte, wurde nicht beschritten. »Es lief genau umgekehrt«, so der österreichische Facharzt und Experte des dortigen Gesundheitsausschusses im Parlament, Dr. Hannes Strasser. »Die Politik, vertreten durch die EU-Kommission, und die Pharmaindustrie schlossen Wochen vor der Zulassung des Impfstoffs Kaufverträge mit einer bedingten Zulassung und die EMA lieferte fristgerecht das Gewünschte und Unterschriebene. Allein das ist schon ein unfassbarer Vorgang.«

Der Vertrag hält zudem auf Seite 15 fest, dass die EU-Kommission anerkennt, dass die Entwicklung und Produktion der sogenannten Impfstoffe »signifikant riskant« und »unsicher« waren. Auf Seite 23 folgt darum nur konsequent, dass der Gebrauch der Spritzensubstanzen »unter der alleinigen Verantwortung der Mitgliedsstaaten der EU« erfolgt. Nicht die unterzeichnende EU, nicht der Pharmakonzern sind also haftbar, sondern die Mitgliedsstaaten. Diese werden wohl dennoch versuchen, sollte es tatsächlich einmal zu ernsthaften Verfahren kommen, die Verantwortung auf die EU und den Konzern abzuwälzen. Als Folge dieses gewollten Verantwortungschaos werden Impfgeschädigte und deren Angehörige wohl überaus lange auf Ihre Entschädigung warten müssen.

Es wird im Vertrag sogar festgehalten, für welche Schäden der Pharmakonzern ausdrücklich schadlos gehalten werden muss: für Todesfälle, körperliche Schäden, mentale oder emotionale Schäden, Krankheiten, Behinderungen, Verlust oder Beschädigung von Eigentum, wirtschaftliche Verluste oder Geschäfts-Unterbrechungen.

### AUCH DIE REGIERUNGEN HÄNGEN MIT DRIN

Auch die Form der Verträge ist bemerkenswert. Die EU-Kommission schloss mit Pfizer einen Rahmenvertrag, die konkreten Bestellungen erfolgten jedoch über die einzelnen Mitgliedsstaaten der EU, was in einem eigenen Vertrag, der »Vaccine Order Form« festgehalten wurde. Alle 27 EU-Staaten wurden mit der Unterschrift unter dem jeweiligen Bestellvertrag automatisch Vertragspartner für den Kontrakt, den die EU-Kommission »ausgehandelt« hatte. Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU) hängt also mit drin, da er diesem Vertrag selber zustimmte.

Die Gesundheitsminister der EU-Staaten stimmten damit auch dem Passus auf den Seiten 48 und 49 der Bestellverträge zu, dass sie anerkannten (»acknowledge«), dass die Langzeit-Wirkungen und die Wirksamkeit des Impfstoffes nicht bekannt waren und dass nicht bekannte Nebenwirkungen auftreten konnten. »Den Regierungen der EU-Staaten war nicht nur bekannt, dass Sicherheit und Wirksamkeit des Impfstoffes unbekannt waren, sie akzeptierten das sogar ausdrücklich!«, so der österreichische Gesundheitsexperte Dr. Hannes Strasser. Diese Verträge hätten niemals unterschrieben werden dürfen.

Quelle: Statistisches Bundesamt

**Sterbefallzahlen Deutschland**

| | 2019 | 2020 | 2021 | 2022 | 2023 |
|---|---|---|---|---|---|
| Jan. | 85.105 | 84.980 | 106.803 | 89.655 | 99.609 |
| Feb. | 81.009 | 80.030 | 82.191 | 82.781 | 83.257 |
| Mär. | 86.739 | 87.396 | 81.901 | 93.872 | 95.123 |
| Apr. | 77.410 | 83.830 | 81.877 | 86.234 | 84.773 |
| Mai | 75.669 | 75.835 | 80.876 | 81.889 | 82.183 |
| Jun. | 73.483 | 72.159 | 76.836 | 79.599 | 76.699 |
| Jul. | 76.926 | 73.795 | 76.704 | 86.081 | 75.001 |
| Aug. | 73.444 | 78.742 | 86.658 | 86.507 | 77.478 |
| Sep. | 71.022 | 74.243 | 77.931 | 75.052 | 75.441 |
| Okt. | 77.006 | 79.781 | 85.080 | 94.444 | |
| Nov. | 78.378 | 85.989 | 93.915 | 89.028 | |
| Dez. | 83.329 | 108.792 | 103.171 | 115.057 | |
| insgesamt | 939.520 | 985.572 | 1.023.687 | 1.066.341 | 749.193 |

## WAS ZEIGT DIE MEDIZINISCHE GRAFIK?

*Oben sehen Sie die Sterbefallzahlen im Vergleich der Jahre. Es wird klar: Es gab nie eine gemeingefährliche Seuche. Die Sterbefälle halten sich im Jahr 2020 im Rahmen der Vorjahre. Zieht man die Geburtenstärke der Jahrgänge um 1940 mit ein, hatten wir 2020 sogar eine Untersterblichkeit.*

*Erst mit dem Beginn der Impfkampagne im Dezember 2020 zieht die Übersterblichkeit an. Ebenso zeichnen sich ab 2021 die Schäden der »Corona-Maßnahmen« ab. Im Herbst 2022 und dem Winter 2022/23 wird sogar ein Anstieg der Sterblichkeit von bis zu 20 Prozent verzeichnet. Der Grund: Die Injektionen.*
*Die Zahlen sind die aktuellen des Statistischen Bundesamtes.*

## MELDUNG

### MASKEN SINNLOS, MASKEN DA

Hamburg/DW. Wegen vermeintlich steigender Corona-Infektionszahlen wurde in einigen norddeutschen Kliniken die Maskenpflicht wieder eingeführt. So meldeten es gleichlautend mehrere regierungsnahe Medienbetriebe. Erst am 26. Oktober 2023 hatte eine Studie in Konzernmedien für Aufsehen gesorgt: »Masken waren eher sinnlos«, wusste die *Frankfurter Rundschau* nach drei Jahren Faktenlage immer noch überrascht zu titeln. Das Cochrane-Institut hatte eine Metastudie zu 78 Untersuchungen zur Wirksamkeit von »Mund-Nasen-Schutz« vorgelegt und war zu eindeutigen Ergebnissen gelangt. Auf welcher Grundlage die Maskenpflicht in norddeutschen Kliniken wieder eingeführt wird, bleibt somit unklar. (hes)

### FOLGEN DES REGIMES

Berlin/DW. Eine Auswertung der eigenen Daten der Krankenversicherung DAK stellte am 1. November 2023 fest, dass der Krankenstand in Deutschland im Sommer erheblich angestiegen ist. Vor allem psychische Erkrankungen seien deutlich häufiger angegeben worden als im Vorjahr. Beschäftigte kamen im Sommer 2023 im Schnitt auf 4,6 Fehltage, im Jahr 2022 waren es in diesem Zeitraum noch 4,3 Tage gewesen. Bereits 2022 war der Krankenstand im Vergleich zum damaligen Vorjahr angestiegen. (hes)

### »LINKER« PRÄSIDENT: SOZIALHILFE UND IMPFUNG

Brasilia/DW. Die brasilianische Regierung wird ab 2024 mRNA-Spritzen für Kinder ab sechs Monaten zur Pflicht machen, wie das medizinische Fachportal tkp.at am 2. November 2023 meldete. Außerdem soll Sozialhilfe nur noch für Kinder mit nachgewiesener Coronaspritze ausgezahlt werden. Die mRNA-Spritzen waren für Kinder im Alter von sechs Monaten bis fünf Jahren ins Nationale Impfprogramm aufgenommen worden und werden ab 2024 Pflicht. Der brasilianische Präsident Lula da Silva galt bislang bei einigen mit seinen klaren Worten bezüglich des Russland-Ukraine-Krieges als Hoffnungsträger. (hes)

### AUFARBEITUNG BEI DEN MAORIS

Wellington/DW. Die neuseeländische Oppositionspolitikerin Liz Gunn kündigte eine strafrechtliche Untersuchung von Todesfällen durch die Covid-Impfung an. Sie habe Informationen und Belege, die Zehntausende von neuseeländischen Todesfällen mit den Spritzen in Verbindung bringen, so Gunn. »Die Regierung kannte jede Nebenwirkung, bevor die Impfungen verabreicht wurden«, sagte Gunn in einem Videointerview. Ob eine gerichtliche und parlamentarische Aufarbeitung des Massenmordes gelingen wird, bleibt unklar. Bislang scheiterten weltweit sämtliche Versuche; in Neuseeland zuletzt ein Anlauf des deutschen Anwaltes Reiner Füllmich, der nun in Deutschland in Untersuchungshaft sitzt. (hes)

# »Dann kann es nur eine Konsequenz geben: Raus aus der WHO!«

***Fortsetzung des Interviews aus DW 152 mit Martin Sichert, dem gesundheitspolitischen Sprecher der AfD – über die Folgen der Genspritzen, die totalitären Pläne der Weltgesundheitsorganisation und ein mögliches Verbot seiner Partei*** | Von Klaus Müller



In DW 152 äußerte sich Martin Sichert u. a. über den Höhenflug seiner Partei: »Ich gehe davon aus, dass die AfD weiter deutlich an Zuspruch gewinnen wird.« Zudem glaubt er, dass die Ampel bis zur nächsten Bundestagswahl 2025 durchhalten werde: »Der Misserfolg hat sie zusammengeschweißt.«

**DW: Herr Sichert, parallel zum Beginn der sogenannten Corona-Impfung setzte eine Übersterblichkeit ein. Sie haben einen Antrag in den Bundestag eingebracht, um die Ursachen dafür aufzuklären. Eine öffentliche Anhörung wurde jedoch von allen anderen Fraktionen abgelehnt. Haben Sie eine Erklärung dafür, warum man den Gründen für die Übersterblichkeit nicht auf den Grund gehen möchte?**
Martin Sichert: Sie haben Angst, dass die Übersterblichkeit doch mit der Impfung zusammenhängen könnte. Als ich Lauterbach gefragt habe, war seine Antwort entlarvend: Er kam sofort auf die Corona-Impfung zu sprechen, obwohl ich die gar nicht angesprochen hatte. Für mich heißt das: Sie vermuten, dass es tatsächlich Zusammenhänge gibt. Und eines ist völlig klar: Wenn sie bekanntgeben müssten, dass die Impfung, die sie zuvor massiv angepriesen haben, eben doch nicht sicher war, sondern zu massiven Schäden und vielen Todesfällen geführt hat, wären die politischen Karrieren von Spahn, Lauterbach und einigen anderen abrupt beendet.

**DW: Nach dem Erfolg bei der Hessen-Wahl hat die AfD einen Corona-Untersuchungsausschuss angekündigt. In Brandenburg gibt es den bereits. Ihre Einschätzung dazu?**
M.S.: Leider werden viele Fragen nicht zugelassen, weil der Bezug zu Brandenburg fehlt. Das ist sehr problematisch. Deswegen ist es umso wichtiger, dass wir auf Bundesebene in die Lage versetzt werden, einen Untersuchungsausschuss durchzuführen. Dementsprechend freue ich mich auf die nächste Bundestagswahl. Danach werden wir, wenn auch um mehrere Jahre verzögert, die Geschehnisse aufarbeiten können. Es sind viele Dinge schiefgelaufen, die so nie wieder passieren dürfen.

**DW: Auf Antrag der Ampel-Regierung wurde am 12. Mai über eine Stärkung und Reform der Weltgesundheitsorganisation abgestimmt. 65 AfD-Abgeordnete, darunter Sie, stimmten dagegen, die restlichen 13 gaben keine Stimme ab, darunter Alice Weidel. Es war zwar schon im Voraus klar, dass die Stimmen der AfD den Ausgang der Abstimmung nicht entscheidend verändern, aber dennoch war das kein gutes Zeichen. Wissen Sie, warum Alice Weidel ihre Stimme nicht abgegeben hat?**
M.S.: Nein, das weiß ich nicht. Das müssten Sie bitte Frau Weidel fragen. Viel wichtiger finde ich aber: Alle AfD-Abgeordneten, die abgestimmt haben, stimmten geschlossen dagegen.

**DW: Wie sehen Sie den WHO-Pandemievertrag?**
M.S.: Extrem kritisch. Für uns ist klar, dass wir keine Souveränitätsrechte an supranationale Organisationen abgeben wollen. Es kann nicht sein, dass künftig nicht mehr das nationale Parlament, sondern die WHO entscheiden soll, was eine Pandemie ist und wann welche Maßnahmen zu ergreifen sind. Die WHO ist nicht demokratisch legitimiert. Sie darf auf keinen Fall in die Freiheit und Selbstbestimmung der Bürger eingreifen. Das, was in Deutschland passiert, muss grundsätzlich in unserem Parlament entschieden werden, die Politiker müssen sich den Bürgern gegenüber verantworten.

**DW: Wie könnte man eine Unterwanderung der WHO durch die Pharmabranche künftig verhindern?**
M.S.: Das Problem ist, dass die WHO teilweise privatfinanziert, teilweise staatlich finanziert wird. Zwei der größten Geldgeber sind die Bill & Melinda Gates Foundation, die großes Interesse hat, dort strategisch einzugreifen, und China, dessen Staatsverständnis bekannt ist und der Welt in der Coronazeit nochmals deutlich vor Augen geführt wurde. Die WHO darf deshalb niemals über unser Leben bestimmen. Wir werden die Entwicklung genau beobachten. Wenn es, wie es derzeit absehbar ist, tatsächlich in eine autokratische Richtung geht und die WHO darüber bestimmen will, was in den einzelnen Staaten zu passieren hat, kann es für uns nur eine logische Konsequenz geben: Raus aus der WHO!

»AFD-VERBOT? AUS MEINER SICHT WÜRDE ES ÄHNLICH ENDEN WIE 1989«

**DW: Karl Lauterbach verbreitete in diesem Sommer Hitzepanik. Sie haben bei der Bundesregierung nachgefragt, wie viele Schäden durch Hitze und Sonnenlicht in den vergangenen 20 Jahren erfasst wurden. Es gab nie mehr als rund 2.500 Fälle pro Jahr.**
M.S.: Die Bundesregierung weiß, dass die Kälte in Deutschland ein viel größeres Problem ist. Im Winter haben wir viel mehr Todesfälle und schwere Erkrankungsfälle als im Sommer. Es war ein weiterer Versuch, in der Bevölkerung Panik zu schüren, der aber zum Glück gescheitert ist. Jetzt versuchen sie es wieder mit Corona. Ich hoffe, dass auch das nicht gelingt. Zudem wünsche ich mir, dass die Bürger aus den vergangenen drei Jahren mitgenommen haben, dass man eine gewisse Resilienz haben muss gegenüber Regierung und Leitmedien, denen man längst nicht alles glauben darf, wenn sie versuchen, die Bürger in Angst und Panik zu versetzen.

**DW: Immer wieder wird über ein Verbot der AfD diskutiert. Für wie wahrscheinlich halten Sie es, dass dieses jemals kommen wird und welche Folgen hätte es für unser Land?**
M.S.: Ich glaube nicht, dass es kommen wird, weil sie sich über die Folgen völlig im Klaren sind. Ich verweise nochmals auf meine Eingangsworte *(siehe DW-Ausgabe 152/Anm. d. Red.)*: Die AfD wird nicht gewählt, weil sie tolle Arbeit leistet, sondern weil die Menschen sagen, wir brauchen wieder eine vernünftige Alternative zu dem, was die Ampelregierung und die Union in den letzten Jahren und Jahrzehnten verbrochen haben. Wenn man nun die AfD verbietet, beraubt man die Menschen um die Möglichkeit, in demokratischen Wahlen eine politische Änderung herbeizuführen. Und man nimmt ihnen das Ventil, mit dem sie ihren Unmut ausdrücken können. Dann werden sie sich andere Möglichkeiten suchen, um Luft abzulassen. Aus meiner Sicht würde es ähnlich enden wie 1989 in der ehemaligen DDR.

**DW: Herr Sichert, vielen Dank für das Gespräch.**

# Der arme Karl jammert: Fast niemand lässt sich mehr spritzen

***Neues aus Absurdistan: Der satirische Wochenrückblick*** | Von Klaus Müller

**Liebe Leser, haben Sie auch schon das *Bild*-Manifest gelesen, das am vergangenen Sonntag veröffentlicht wurde? In dem Artikel ist die Rede von einer neuen Dimension des Hasses in unserem Land – »auf unsere Werte, die Demokratie, auf Deutschland.« Ups, hätte man dies vor ein paar Jahren oder erst vor wenigen Monaten offen so gesagt, wäre man doch glatt wieder in die rechte Ecke gestellt oder als Schwurbler oder was auch immer diffamiert worden.**

Das Manifest umfasst 50 Punkte. Es sei eine »Leitidee für das, was unsere freie Gesellschaft zusammenhält«. Nur komisch, dass einige dieser Grundsätze während der Plandemie für einen Teil unserer Gesellschaft – von manchen auch »gefährliche Sozialschädlinge« und »asoziale Trittbrettfahrer« genannt – außer Kraft gesetzt wurden. Die *Bild* spricht von Zusammenhalt, weil sie wohl immer noch nicht mitbekommen hat, wie gespalten die Gesellschaft ist. Immerhin: Bei einigen Punkten dürften sich vor allem die Politiker unseres Landes angesprochen fühlen, etwa beim dritten: »Wer unsere Verfassung und unsere Rechtsordnung für eine Ansammlung unverbindlicher Ratschläge hält, sollte Deutschland möglichst schnell verlassen.« Ach, würden sie dem doch bloß folgen. Eine Anspielung auf Annalena Baerbock ist offenbar Punkt vier: »Nur wenn wir dieselbe Sprache sprechen, werden wir uns verstehen.« Amüsant ist auch Punkt sechs: »Wir vermummen oder verhüllen uns nicht, wir schauen uns ins Gesicht (es sei denn, es ist Karneval oder Corona).« Auweia, weil die Maulkörbe ja bekanntlich so gut gegen Viren schützen, oder was? Bei Punkt zehn (»Wir geben uns zur Begrüßung oder zum Abschied gern die Hand«) fehlt die Einschränkung: »Nur nicht während einer Plandemie – da halten wir in Angst und Panik versetzt besser Abstand«. Unter Punkt sieben wird »Respekt und Nächstenliebe« gefordert, aber sicher nur, wie wir längst wissen, denjenigen gegenüber, die den vorgegebenen Narrativen folgen. Etwas stutzig wurde ich bei Punkt 26: »Wir verbrennen keine Flaggen von Staaten, die wir nicht leiden können.« Heißt das etwa, dass man Fahnen von Ländern, die man leiden kann, verbrennen darf? Und wer entscheidet darüber, welches Land man leiden darf und welches nicht? Man selbst ja eher nicht. Olaf? Annalena? Die USA? Die *Bild*? *ARD* und *ZDF*? Sehr bezeichnend ist Punkt 43: »Die Medien hinterfragen die Politiker«, heißt es da. Nee, ist klar, wisst Ihr selber, oder? Und weiter: »...aber wir vertrauen grundsätzlich darauf, dass die Gewählten wahrheitsgemäß und zum Wohle des Volkes entscheiden.« Noch Fragen?

Am Montag legte die *Bild* mit folgender Schlagzeile – die von mehreren Köpfen, u. a. von Ricky Wüst, Uschi Leyen, Flag-Zimmermann, umrahmt war – nach: »Wir waren viel zu lange naiv, blind und tolerant«. Nun ja, die *Headline* hätte auch anders lauten können: »Wir sind schon sehr lange verkommen, verlogen und korrupt«, heißt es im Telegramkanal *Politische Bilder*, stimme «schon eher«. Das Originalzitat stammt übrigens von Gregor Golland, CDU-Innenpolitiker und stellvertretender Fraktionsvorsitzender im NRW-Landtag. Die erste Person Plural nutzen Politiker ja ganz gerne. Wie sagte Merkel doch einst? »Wir schaffen das.« Oder Gauck? »Wir können auch einmal frieren für die Freiheit.« Oder Baerbock zuletzt: »In diesen Tagen sind wir alle Israelis.« Ups, waren wir nicht gestern noch alle Ukrainer? Und morgen? Den Vogel schoss nun Verteidigungsminister Boris Pistorius ab. Er sagte vor wenigen Tagen: »Wir müssen kriegstüchtig werden.« Dazu fällt mir nur eines ein: Einen Scheiß muss ich! Diese Leutchen sprechen nicht in meinem Namen.

Dank Internet kann man die Heuchler heutzutage immer schnell entlarven. Wie schrieb *Bild* im November 2015? »Refugees welcome! Warum wir uns auf euch freuen«. Nun heißt es: »Deutschland, wir haben ein Problem!« Die ehemals vierte Gewalt, die sich längst selbst abgeschafft hat, heult also laut herum. Etwa über ihr eigenes Versagen? Sie soll doch bitte leise heulen. So wie Karl Lauterbach, der jammert in den sozialen Medien nämlich, dass die Impfbereitschaft gegen Covid »derzeit viel zu gering« sei. Dabei ist das Angebot doch äußert lukrativ – auch ohne Gratis-Bratwurst: »In der Kombination mit der Grippeimpfung kann man sich für den kommenden Winter sehr gut schützen.« Karl, bleib locker! Vielleicht warten einige auf eine Dreierkombi, schließlich steigen neben den Corona- auch die Affenpocken-Infektionen derzeit wieder an. Ich finde aber: Ein Schutz der Bevölkerung vor dem täglichen politischen Wahnsinn wäre viel wichtiger.



Klaus Müller war viele Jahre als Sport- und Musikredakteur tätig, arbeitet seit 15 Jahren als freiberuflicher People-Journalist.

# Staatliche Neutralität im Kriegsfall

***Rechtsanwalt Gordon Pankalla über Meinungs-Extremismus, den wir bereits aus der Coronazeit kennen***

**Der Haltungsjournalismus hat seit der Coronakrise Hochkonjunktur. Immer muss man sich auf eine bestimmte Seite schlagen, Zwischentöne sind unerwünscht. So wurden auch die Kritiker der staatlichen Maßnahmen, die sich zumindest nachträglich als völlig ungeeignet erwiesen, beschimpft und beleidigt, anstatt sich mit ihnen sachlich auseinanderzusetzen.**



Diese Demokratin weiß, wie man Frieden schafft – auf jeden Fall ohne Waffen. Doch der Grundsatz, auf den sie hinweist, wurde in der Zeitenwende längst über Bord geworfen. Foto: Georgi Belickin/DW.

Nun hätte man meinen können, dass sich nach Ende der Test-Pandemie an dieser Berichterstattung wieder etwas ändern würde und der Weg zurück zu einer sachlichen und differenzierten Presselandschaft möglich wäre – jedenfalls was den ÖRR betrifft. Aber weit gefehlt: Auch nach Corona gibt es bei jeder neuen Krise nur eine Meinung – richtig oder falsch. Unterscheidungen bleiben aus, nur die »richtige« Haltung zählt.

Im Ukrainekrieg sollten sämtlich Hintergründe, die letztlich auch Auslöser für diesen Krieg waren, nicht mehr diskutiert werden. Selbstverständlich ist der Angriff der Russen auf die Ukraine zu verurteilen, aber wer nicht über die Hintergründe von Streitigkeiten sprechen will, der ist dazu verdammt, alles auf dem Schlachtfeld auszutragen. In der Zeitenwende wurde dann auch alle vorher bestehenden Grundsätze, wie keine Waffen in Kriegsgebiete zu liefern, über Bord geworfen.

Der ehemalige SPD-Kanzler Helmut Schmidt hatte eine einfache und klare Haltung: Im Kriegsfall solle man sich besser raushalten und nicht auf eine Seite schlagen. Wie soll man zwischen verfeindeten Staaten vermitteln, wenn man sich auf eine der beiden Seiten positioniert? In der aktuellen Auseinandersetzung zwischen Gaza und Israel wird von Seiten der Politik und den Medien aber schon wieder ganz klar Position bezogen. Es wird von einer deutschen Staatsräson gesprochen – pro Israel. Helmut Schmidt hatte damals eine solche Staatsräson zugunsten Israels abgelehnt. Die Idee der Staatsräson sieht den Staat als ebenbürtig, wenn nicht höherwertig gegenüber dem Menschen an, so dass es nach dieser Philosophie im Falle von Konflikten zu Entscheidungen kommen kann, die den abstrakten Staat bevorteilen, konkrete Menschen jedoch benachteiligen.

Diese Benachteiligung gegenüber friedlichen palästinensischen Demonstranten war in den vergangenen Wochen mehr als offensichtlich. Zahlreiche veröffentlichte Videos erinnerten stark an die Corona-Demonstrationen. In einer Demokratie muss es aber möglich sein, dass Menschen friedlich ihre Meinung bekunden, etwa wenn sie für eine Zweistaatenlösung eintreten. Etwas völlig anderes sind dagegen extremistische Angriffe auf jüdische Mitbürger, die selbstverständlich scharf zu verurteilen sind.

Genau hier zeigt sich wieder der Meinungs-Extremismus, den wir schon von Corona kennen: Berechtigte Kritik wird in die Ecke geschoben und verhindert – für eine Demokratie ein unwürdiger Zustand. Wenn ich dann noch in einem der erwähnten Videos Polizisten höre und sehe, die offen damit drohen, Menschen die Hand zu brechen, dann frage ich mich: Wo sind wir eigentlich angekommen? Ob eine politische Führung sich nun dafür entscheidet, sich auf eine der beiden Konfliktparteien zu stellen, ist eine rein politische Entscheidung und Politiker kann man in einer Demokratie auch abwählen. Was mir allerdings gar nicht gefällt, ist, dass hier die Organe und Einrichtungen des Staates für diese politischen Ansichten missbraucht werden. Der Staat hat sich neutral zu verhalten, der Politiker muss dies nicht. Wenn aber erneut Polizisten im Sinne einer politischen Agenda eingesetzt werden, wie nun in Berlin, dann ist dies im Sinne der Gewaltenteilung mehr als fraglich. Wir sehen es auch daran, dass die Gebäude des Staates ständig für politische Zwecke benutzt werden: Mal weht dort eine Regenbogen-, mal eine Ukraine- oder Israel-Flagge. Ich fordere daher staatliche Neutralität, auch im Kriegsfall.

Als Organ der Rechtspflege muss ich doch schon sehr darum bitten, dass der Staat und der ÖRR sich neutral verhalten, insbesondere bei religiösen Auseinandersetzungen. Jetzt gleich wieder alle Moslems zu verurteilen und in die Ecke von Extremisten zu stellen, halte ich für falsch.


Gordon Pankalla ist Demokrat und Rechtsanwalt in der Stadt Köln.



BRUTALE HAUSDURCHSUCHUNG BEI KRANKENSCHWESTER

Die demokratische Intensivkrankenpflegerin Sabrina Kollmorgen wurde am 1. November 2023 um 6 Uhr morgens von der Polizei heimgesucht. Diese drang mit Gewalt in ihre Wohnung ein und führte eine Hausdurchsuchung durch. Ein Staatsanwältin hatte die Anklage erhoben, dass sie eventuell und unter gewissen Umständen womöglich von Kollmorgen beleidigt worden sei. Bei der Durchsuchung wurden Sabrina Kollmorgens Handy und Computer entwendet sowie die Wohnung auf den Kopf gestellt. Kollmorgen ließ am selben Tag Hämatome an ihrem Körper von Medizinern dokumentieren, die ihr die Beamten zugefügt hatten. Am 2. November 2023 musste Kollmorgen dann in Berlin vor Gericht erscheinen, wo sie und unabhängige Beobachter erneut mit Terrormaßnahmen (DW berichtete) bedacht wurden. (hes)



## ZITAT DER WOCHE

Foto: Commons

**»Für mich persönlich ist der Punkt erreicht, an dem ich fast kopfschüttelnd resignieren möchte und anerkennen muss, dass das Schlechte die Oberhand gewonnen hat. Allein die Tatsache, dass so viele Menschen denken wie ich, gibt mir weitere Kraft.«**

Arzt und Gesundheitscoach Dr. Michael Spitzbart via Facebook am 1. November zur aktuellen Lage
Anmerkung der Redaktion: Auch Kämpfer haben mal einen schlechten Tag.

## MELDUNG

FAESER PLANT NEUES ANSCHWÄRZGESETZ

Berlin/DW. Innenministerin Nancy Faeser (SPD) will das Bundesverfassungsschutzgesetz reformieren. Demnach soll es dem Inlandsgeheimdienst künftig möglich sein, Bürger darüber zu informieren, wenn sich bespitzelte Menschen radikal verhalten. Beispiel: Der Verfassungsschutz dürfte einen Bürger, der auf Wohnungssuche ist und wegen angeblichen Extremismus bespitzelt wird, beim potenziellen Vermieter anschwärzen. (kmü)

MAINZER FUSSBALLPROFI HAT EIER

Mainz/DW. Anwar El Ghazi, niederländischer Fußballprofi mit marokkanischen Wurzeln, *postete* in den sozialen Medien Beiträge, in denen er den jüdischen Staat als Aggressor im Nahostkonflikt darstellte. Das von der Hamas angegriffene Israel betreibe mit seinen Reaktionen Völkermord. Zudem teilte er den Spruch »Vom Fluss bis zum Meer, Palästina wird frei sein«, der von einigen deutschen Strafverfolgungsbehörden inzwischen als Anfangsverdacht für strafrechtliche Ermittlungen eingestuft wird. Die Folge: Sein Klub, Bundesligist FSV Mainz, suspendierte ihn. Nach einem Gespräch mit dem Spieler entschieden die Klubbosse, El Ghazi zwar abzumahnen, ihm aber zugleich eine neue Chance zu geben. Doch keine zwei Tage nach seiner Begnadigung *postete* der Spieler am Mittwoch: »Ich distanziere mich nicht von dem, was ich gesagt habe, und stehe bis zum letzten Tag, an dem ich atme, für Menschlichkeit und an der Seite der Unterdrückten.« (kmü)

HAPE KERKELING: BÖSER FEHLTRITT

Düsseldorf/DW. Komiker Hape Kerkeling hielt eine Laudatio für Marie-Agnes Strack-Zimmermann (FDP), die für ihr Engagement gegen Antisemitismus mit der Josef-Neuberger-Medaille geehrt wurde. In seiner Rede wetterte Kerkeling gegen »Hass, Intoleranz und Fremdenfeindlichkeit« in unserem Land und erklärte: »Unser Wille zum Erhalt der Demokratie muss stärker sein als der der Feinde. Die Corona-Pandemie und die Querdenker auf deutschen Straßen haben furchtbaren Antisemitismus und Demokratiefeindlichkeit offengelegt.« Wirtschaftswissenschaftler Professor Stefan Homburg spricht dazu auf X von einem »Hirngespinst« Kerkelings: »Ich war dabei, Kerkeling wohl nicht.« Homburgs Fazit: »Wer ›Antisemitismus‹ inflationär benutzt und ins Gegenteil verdreht, schadet Israel!« (kmü)

MEDIEN-KAMPAGNE GEGEN AFD-BÜRGERMEISTER

Raguhn-Jeßnitz/DW. Der erste AfD-Bürgermeister Deutschlands, Hannes Loth (Gemeinde Raguhn-Jeßnitz) sieht sich einer bösen Schmutzkampagne ausgesetzt. Mehrere *Mainstream*-Medien werfen ihm vor, Wahlversprechen gebrochen zu haben. Doch Loth stellt klar: »Berichte über erfolgte Erhöhungen von Gebühren und Steuern sind falsch.« Er wolle sich auch juristisch wehren. (kmü)



## Leuchtturm ARD - ORF - SRG

BERLIN: Donnerstag ab 18 • RBB Studio • Masurenallee
BRANDENBURG: Mittwoch 15.00 • Märkische AZ • Neustädt. Markt
BREMEN: Donnerstag 17.00 • Radio Bremen • Am Markt 2
DESSAU: Montag 18.00 • Mitteldt. Zeitung • An der Friedensglocke
DORNBIRN - A: Donnerstag ab 14 • ORF Vorarlberg • Rundfunkplatz 1
DRESDEN: Montag 19.00 • MDR Regional • Kulturpalast
FRANKFURT: Donnerstag ab 15 • HR Studio • Bertramstr. 8
HAMBURG: Donnerstag ab 17 • NDR Studio • Rothenbaumchaussee 132
HAMBURG: Donnerstag ab 17 • NDR Tagesschau • Hugh-Greene-Weg 1
HANNOVER: Donnerstag ab 17 • NDR Funkhaus • Rudolf-v.-Bennigsen Ufer 22
HEIDELBERG: Montag 18.00 • SWR Regional • Bimarckplatz
KASSEL: Mittwoch 11.30 • Radio FFH • Friedrich-Ebert-Str. 46
KIEL: Donnerstag 16.00 • NDR Studio • Schlossplatz 3
KONSTANZ: Montag 18.00 • SWR Regional • Münsterplatz
KÖLN: Donnerstag 17.00 • WDR Studio • Appellhofplatz 1
LEIPZIG: Montag 19.00 • MDR Sachsen • Augustusplatz
LÜBECK: Montag 17.45 • NDR Media Docks • Behnkai
MAGDEBURG: Montag 18.00 • MDR Sachsen • Eulenspiegelbrunnen
MÜNCHEN: Mittwoch ab 19 • BR Hochhaus • Hopfenstr. 5
PLAUEN: Montag 17.00 • MDR Regional • Wendedenkmal
POTSDAM: Donnerstag ab 18 • RBB Studio • Marlene-Dietrich-Allee 20
SAARBRÜCKEN: Donnerstag ab 16 • SR Saarland • St.-Johanner-Markt
SCHÄRDING – A: Dienstag 19.00 • Bezirksrundschau • Schiffsanlegestelle
SCHWEINFURT: Sonntag 18.00 • BR Regional • Am Marktplatz
SCHWERIN: Donnerstag ab 15 • NDR Landesstudio • Schlossgartenallee 61
SIEGEN: Montag 18.00 • WDR Regional • Jakob-Schreiner-Platz
GRAZ - A: Samstag 11.00 • Steirer Krone • Vortrag Flugzeughotel
WIESBADEN: Samstag 13.00 • Wiesb. Kurier • Schulgasse/Neugasse
WOLFSBURG: Samstag ab 11 • Wolfsb. Nachr. • Hugo-Borg-Platz
ZELTWEG – A: Montag 18.00 • Steirer Kronenzeit. • Hauptstr. 16

## IMMER MONTAGS!

ALLMERSBACH, 18 Uhr, am Rathaus – ALTHÜTTE, 18 Uhr, am Rathaus – AU IN DER HALLERTAU, 18 Uhr Rathaus – BACKNANG, 18:30 Uhr, Obstmarkt – BERLIN-KARLSHORST, 18:30 Uhr, Treskowallee Apotheke – BERLIN-LICHTENBERG, 18 Uhr, am Ringcenter 2 – CASTROP RAUXEL, 18:30 Uhr, am Reiterbrunnen – DETTENHAUSEN, 18 Uhr, am Rathaus – DINGELSTÄDT, 19 Uhr, am Rathaus – DINGOLFING, 18 Uhr, bei Expert auf dem Parklatz – ECHTERDINGEN, 18 Uhr, am Rathaus – EGGENFELDEN, 18 Uhr, am Stadtplatz – ELMSHORN, 18:30 Uhr, am Rathaus – FREUDENSTADT, 18 Uhr, Stadtkirche – FRICKINGEN, 18 Uhr, am Rathaus – GADEBUSCH, 18 Uhr, am Markt – GAILDORF, 18:30 Uhr, am Rathaus – GEILENKIRCHEN, 18 Uhr, am Wasserturm – HAIGERLOCH, 18 Uhr, am Rathaus – HARSEWINKEL, 18 Uhr, am Rathaus – ILLERTISSEN, 18 Uhr, am Rathaus – JAGSTHAUSEN, 18 Uhr, am Rathaus – KAHL AM MAIN, 18 Uhr, am Rathaus – KARLSFELD, 18 Uhr, am Rathaus – KÖNIGSWINTER, 18 Uhr, am Rathaus – LAICHINGEN, 19 Uhr, am Marktplatz – LAUCHHAMMER, 18 Uhr, am Dietrich-Heßmer-Platz – MARIENBERG, 19 Uhr, am Markt – METZINGEN, 18 Uhr, am Rathaus – MEUSELWITZ, 18 Uhr, am Markt – NECKARTAILFINGEN, 18 Uhr, am Rathaus – OBERAMMERGAU, 19 Uhr, am Rathaus – PINNEBERG, 18:30 Uhr, am Rathaus – RITTERHUDE, 18 Uhr, am Rathaus – SAULGRUB, 18 Uhr, Rathaus – Zeven, 18 Uhr, Rathaus.



## DEMOTERMINE DER VERFASSUNGSBEWEGUNG

Senden Sie uns die Termine Ihrer Veranstaltung an: veranstaltung@demokratischerwiderstand.de

| Datum / Uhrzeit | Ort | Art |
|---|---|---|
| Sa, 4.11.2023 17-20 Uhr | Augsburg, Ladehofstraße | Umzug |
| Sa, 4.11.2023 11-16:50 Uhr | Berlin, S-Bhf Röntgental | Autokorso |
| Sa, 4.11.2023 11-14 Uhr | Celle, Neumarkt | Umzug und Kundgebung |
| Sa, 4.11.2023 15-18 Uhr | Eberbach, Leopoldsplatz | Zusammenkunft |
| Sa, 4.11.2023 15-18 Uhr | Frankfurt, Bockenheimer Anlage | Friedensdemo |
| Sa, 4.11.2023 15-16 Uhr | Hamburg, rund um die Binnenalster | Spaziergang |
| Sa, 4.11.2023 14:30-18 Uhr | Heidelberg, Neckarwiese Höhe Keplerstraße | Aufzug |
| Sa, 4.11.2023 15-17 Uhr | Krumbach (Schwaben), Stadtgarten | Spaziergang |
| Sa, 4.11.2023 18-19:15 Uhr | Minden, an der Martinitreppe beim Rathaus | Demo |
| Sa, 4.11.2023 16-19 Uhr | Salzwedel, Rathausturmplatz | Spaziergang |
| So, 5.11.2023 14:30-17 Uhr | Köln, Heumarkt | Kundgebung |
| Mo, 6.11.2023 19-20:30 Uhr | Aachen, Rathaus Markt | Spaziergang |
| Mo, 6.11.2023 19-20:30 Uhr | Amberg, Am Markt | Spaziergang |
| Mo, 6.11.2023 18-20 Uhr | Anger/Oberbayern, Dorfplatz7.20 | Spaziergang |
| Mo, 6.11.2023 18-20 Uhr | Augsburg, wechselnde Startpunkte (Bf-schwaben.de) | Spaziergang |
| Mo, 6.11.2023 19-21 Uhr | Bad Bergzabern, am Schloss | Spaziergang |
| Mo, 6.11.2023 18-21 Uhr | Bad Homburg, Rathausvorplatz | Spaziergang |
| Mo, 6.11.2023 18-20 Uhr | Bad Honnef/NRW, Rathausplatz | Spaziergang |
| Mo, 6.11.2023 18-20 Uhr | Bad Reichenhall, am Rathausplatz | Spaziergang |
| Mo, 6.11.2023 18-19 Uhr | Balingen, Marktplatz | Spaziergang |
| Mo, 6.11.2023 18-21 Uhr | Bautzen, Kornmarkt | Mahnwache |
| Mo, 6.11.2023 19-20 Uhr | Bayern, Florian-Geyer-Brücke | Spaziergang |
| Mo, 6.11.2023 19-20:30 Uhr | Bayern, Marktoberdorf am Marktplatz | Spaziergang |
| Mo, 6.11.2023 19-21 Uhr | Belgern/Sachsen, Markt | Spaziergang |
| Mo, 6.11.2023 18:30-21 Uhr | Berlin-Karlshorst, Treskow Apotheke | Spaziergang |
| Mo, 6.11.2023 18-20 Uhr | Berlin-Lichtenberg, Frankfurter Allee- am Ringcenter II | Spaziergang |
| Mo, 6.11.2023 12-14 Uhr | Berlin-Wedding, Nordufer 20 | Mahnwache |
| Mo, 6.11.2023 18-20 Uhr | Bernau, Rathaus | Demoaufzug |
| Mo, 6.11.2023 18:30-21 Uhr | Brackenheim (Ba-Wü), Heilbronner/Bandhausstr. | Aufzug mit Abschlusskundgebung |
| Mo, 6.11.2023 16-18 Uhr | Brandenburg an der Havel, auf dem Märkischen Platz | Schilderdemo |
| Mo, 6.11.2023 19-21 Uhr | Cottbus, Oberkirche | Lichterspaziergang |
| Mo, 6.11.2023 17-20 Uhr | Darmstadt, Ludwigsplatz | Mahnwache |
| Mo, 6.11.2023 18-21 Uhr | Delmenhorst, Kiosk an der Graft | Spaziergang |
| Mo, 6.11.2023 19-21 Uhr | Dinslaken, am Rittertor | Spaziergang |
| Mo, 6.11.2023 18-21 Uhr | Duisburg, Rathaus am Burgplatz | Spaziergang |
| Mo, 6.11.2023 18-21 Uhr | Eberswalde, im Bildungszentrum, Puschkinstr.13 | 3. Runder Tisch Corona Aufarbeitung |
| Mo, 6.11.2023 18-20 Uhr | Eberswalde, Marktplatz | Kundgebung |
| Mo, 6.11.2023 18:30-19 Uhr | Eichwalde, Bahnhofstr./Am Graben | Spaziergang |
| Mo, 6.11.2023 18-20 Uhr | Eisenhüttenstadt, Friedrich-Wolf-Theater | Spaziergang |
| Mo, 6.11.2023 18-20 Uhr | Falkensee, alte Stadthalle | Spaziergang |
| Mo, 6.11.2023 18-20:30 Uhr | Frankfurt am Main, Konstablerwache | Spaziergang |
| Mo, 6.11.2023 18:30-21 Uhr | Gifhorn, Schillerplatz | Spaziergang |
| Mo, 6.11.2023 18:30-21 Uhr | Görlitz, Postplatz | Versammlung |
| Mo, 6.11.2023 19-21 Uhr | Greifswald, am Markt | Demo |
| Mo, 6.11.2023 19-21 Uhr | Hamburg, Blankeneser Marktplatz | Spaziergang |
| Mo, 6.11.2023 18-21 Uhr | Hamburg, Bergstedter Markt | Spaziergang |
| Mo, 6.11.2023 18-20 Uhr | Hameln, am Hochzeitshaus | Spaziergang |
| Mo, 6.11.2023 18:30-20 Uhr | Heidelberg, am Bismarckdenkmal | Spaziergang |
| Mo, 6.11.2023 19-21 Uhr | Hennef/Sieg, Rathaus | Spaziergang |
| Mo, 6.11.2023 18-19:30 Uhr | Jülich, Marktplatz | Spaziergang |
| Mo, 6.11.2023 18:30-20:30 Uhr | Kaiserslautern, Innenstadt | Spaziergang |
| Mo, 6.11.2023 18-21 Uhr | Kaufungen, am Kreisel | Spaziergang |
| Mo, 6.11.2023 18-20 Uhr | Konstanz, Augustinerplatz | Spaziergang |
| Mo, 6.11.2023 18-20 Uhr | Konstanz, Münsterplatz | Demoaufzug |
| Mo, 6.11.2023 18-20 Uhr | Korschenbroich, Eingang Stadtverwaltung | Spaziergang |
| Mo, 6.11.2023 18-21 Uhr | Köln, Roncalliplatz | Spaziergang |
| Mo, 6.11.2023 18-20 Uhr | Königs Wusterhausen, Kirchplatz | Spaziergang |
| Mo, 6.11.2023 18-20 Uhr | Landshut, Ländertorplatz | Spaziergang |
| Mo, 6.11.2023 18-21 Uhr | Leer/Ostfriesland, Denkmalsplatz | Spaziergang |
| Mo, 6.11.2023 18-19 Uhr | Leipzig, Augustusplatz | Spaziergang |
| Mo, 6.11.2023 19-21 Uhr | Lippstadt, Rathausplatz | Spaziergang |
| Mo, 6.11.2023 18-21 Uhr | Magdeburg, Domplatz | Demo |
| Mo, 6.11.2023 18-20 Uhr | Mannheim, Ehrenhof des Schlosses | Spaziergang |
| Mo, 6.11.2023 18-20 Uhr | Marbach am Neckar, Schillerdenkmal | Spaziergang |
| Mo, 6.11.2023 18-20 Uhr | March/Breisgau, Bürgerhaus | Spaziergang |
| Mo, 6.11.2023 18:30-21 Uhr | Mindelheim, Maximilian Straße 26 | Spaziergang |
| Mo, 6.11.2023 19-20:30 Uhr | Naumburg, Vogelwiese | Spaziergang |
| Mo, 6.11.2023 19-21 Uhr | Norderstedt, Kino Spektrum | Spaziergang |
| Mo, 6.11.2023 18:30-20:30 Uhr | Nürnberg, Kornmarkt | Spaziergang |
| Mo, 6.11.2023 18-20 Uhr | Oldenburg, Rathausmarkt | Spaziergang |
| Mo, 6.11.2023 18-20 Uhr | Oranienburg, Schloßplatz | Kundgebung |
| Mo, 6.11.2023 18-20 Uhr | Pforzheim, Marktplatz | Spaziergang |
| Mo, 6.11.2023 18-20 Uhr | Potsdam, vor dem Filmmuseum | Mahnwache |
| Mo, 6.11.2023 19-21 Uhr | Prien am Chiemsee, vor dem Rathaus | Spaziergang |
| Mo, 6.11.2023 18-21 Uhr | Reinheim, Stadtpark | Spaziergang |
| Mo, 6.11.2023 16:30-17:15 Uhr | Rostock, Stadthafen | Schildermahnwache |
| Mo, 6.11.2023 18-20 Uhr | Rotenburg an der Fulda, am Rathausplatz | Spaziergang |
| Mo, 6.11.2023 18-20 Uhr | Rottweil, Markt | Spaziergang |
| Mo, 6.11.2023 18-20 Uhr | Salzwedel, am Rathausplatz | Spaziergang |
| Mo, 6.11.2023 19-21 Uhr | Sauerlach/Bayern, Markt | Spaziergang |
| Mo, 6.11.2023 18-20 Uhr | Seeheim-Jungenheim, Rathaus | Demo |
| Mo, 6.11.2023 18-21 Uhr | Senftenberg, Marktplatz | Spaziergang |
| Mo, 6.11.2023 18-20 Uhr | Siegen, Jakob-Scheiner-Platz | Spaziergang |
| Mo, 6.11.2023 18:45-20:15 Uhr | Solingen, Am Neumarkt | Spaziergang |
| Mo, 6.11.2023 18-19 Uhr | Spremberg, Nettoparkplatz | Spaziergang |
| Mo, 6.11.2023 17:30-19 Uhr | Stadthagen, Marktplatz | Montagsdemo |
| Mo, 6.11.2023 18-21 Uhr | Stralsund, Olof-Palme-Platz | Kundgebung und Aufzug |
| Mo, 6.11.2023 18-19 Uhr | Sulz am Neckar, Marktplatz | Spaziergang |
| Mo, 6.11.2023 18-20 Uhr | Tettnang beim Bodensee, Rathausplatz | Spaziergang |
| Mo, 6.11.2023 18-20 Uhr | Vaterstetten in Oberbayern, Rathaus | Spaziergang |
| Mo, 6.11.2023 18:30-21 Uhr | Villingen-Schwenningen, Am Alten Rathaus | Spaziergang |
| Mo, 6.11.2023 18:30-20:30 Uhr | Walsrode/ Heidekreis, Rathaus | Spaziergang |
| Mo, 6.11.2023 19-20:30 Uhr | Weimar, Theaterplatz | Demo |
| Mo, 6.11.2023 17:30-19 Uhr | Werder(Havel), Plantagenplatz | Spaziergang |
| Mo, 6.11.2023 18-21 Uhr | Wesseling/NRW, Sankt Germanus Kirche | Demo |
| Mo, 6.11.2023 18-20 Uhr | Wismar, Markt | Versammlung |
| Mo, 6.11.2023 18:30-21 Uhr | Wolfenbüttel, am Rathaus | Spaziergang |
| Mo, 6.11.2023 19-20 Uhr | Würselen, Morlaixplatz | Spaziergang |
| Mo, 6.11.2023 19-21:30 Uhr | Zehdenick (Brandenburg), Marktplatz | Demo und Kundgebung |
| Di, 7.11.2023 18-21 Uhr | Bernau bei Berlin, Rathaus | Spaziergang |
| Di, 7.11.2023 18-20 Uhr | Ortenberg/Hessen, Marktplatz | Spaziergang |
| Di, 7.11.2023 18-20 Uhr | Varel, Rathaus | Spaziergang |
| Di, 7.11.2023 19-21 Uhr | Wesel am Niederrhein, Martinistraße 6-8 | Spaziergang |
| Di, 7.11.2023 19-21 Uhr | Wolgast, Am Kai | Demoaufzug |
| Mi, 8.11.2023 19-21 Uhr | Geisa, Am Kulturhaus | Spaziergang |
| Mi, 8.11.2023 18:30-21 Uhr | Huckarde, am Marktplatz | Spaziergang |
| Mi, 8.11.2023 17-19 Uhr | Landshut, Martinikirche | Andacht |
| Mi, 8.11.2023 19-21 Uhr | Mehrhoog/NRW, Begegnungsstätte | Demo |
| Mi, 8.11.2023 18-21 Uhr | München, Odeonsplatz | Umzug |
| Mi, 8.11.2023 19-21 Uhr | Naumburg (Saale), Vogelwiese | Offenes Mikrofon |
| Mi, 8.11.2023 18-19:30 Uhr | Neckarsulm, Felix-Wankel-Straße/Marktstraße | Treffen |
| Mi, 8.11.2023 19-20:30 Uhr | Neckartailfingen, Schulhof Liebenauschule | Spaziergang |
| Mi, 8.11.2023 18-20 Uhr | Obernkirchen, am Marktplatz | Demo |
| Mi, 8.11.2023 19-20:30 Uhr | Schulzendorf, Rathaus (Richard-Israel-Str.) | Spaziergang |
| Mi, 8.11.2023 18-21 Uhr | Zwickau, auf dem Hauptmarkt | Kundgebung |
| Do, 9.11.2023 18-21 Uhr | Baunatal, am Marktplatz | Spaziergang |
| Do, 9.11.2023 18-20 Uhr | Bebra, Rathausmarkt | Spaziergang |
| Do, 9.11.2023 17:30-18:30 Uhr | Berlin, Tempelhofer Damm/ Ecke M.-v.-Richthofen-Str. | Schilderdemo |
| Do, 9.11.2023 18-21 Uhr | Demmin, Am Marienhain | Demo |
| Do, 9.11.2023 15-18 Uhr | Frankfurt, Bertramstr. 8 | Mahnwache |
| Do, 9.11.2023 17:30-19 Uhr | Hanau, Großauheim, Rochusplatz | Mahnwache |
| Do, 9.11.2023 19-21 Uhr | Hennef/Sieg, Rathaus | Spaziergang |
| Do, 9.11.2023 18:30-21 Uhr | Landsberg/Saalekreis, Markt | Spaziergang |
| Do, 9.11.2023 17-18:30 Uhr | Rostock, Brunnnen der Lebensfreude | Kundgebung |
| Do, 9.11.2023 19-21 Uhr | Warstein, am Rathausplatz auf der Treppe | Dialog |
| Fr, 10.11.2023 18-20 Uhr | Raesfeld/NRW, Rathausplatz | Demo |
| Sa, 11.11.2023 17-20 Uhr | Augsburg, Ladehofstraße | Umzug |
| Sa, 11.11.2023 15-19 Uhr | Düsseldorf, Johannes-Rau-Platz | Demo und Umzug |
| Sa, 11.11.2023 15-18 Uhr | Eberbach, Leopoldsplatz | Zusammenkunft |
| Sa, 11.11.2023 13-18 Uhr | Emden, Hafentorplatz | Grundrechtsdemo |
| Sa, 11.11.2023 18-20 Uhr | Kirchen (Sieg), Rathaus | Spaziergang |
| Sa, 11.11.2023 15:15-17 Uhr | Krumbach (Schwaben), Stadtgarten | Spaziergang |
| Sa, 11.11.2023 15:30-18 Uhr | Pforzheim, Marktplatz | Demo |
| Sa, 11.11.2023 15-17 Uhr | Rostock, Rosengarten | Kundgebung und Aufzug |
| Mi, 6.12.2023 18-20 Uhr | Heidelberg, Schwanenteichanlage | Demo |

Veranstaltungstermine bitte an die E-Mailadresse *veranstaltung@demokratischerwiderstand.de* senden.
**Aktuelle Informationen: https://nichtohneuns.de • NEWSLETTER ABONNIEREN**



# ALLGEGENWÄRTIGER MUND-NASEN-SCHUTZ

### KOLUMNE FREUND UND HELFER

*Von Thomas Willi Völzke*

**Zweiwöchiger Urlaub in den Dolomiten: Spaziergänge, Wanderungen, Natur genießen, durchatmen und etwas für die Seele tun. Es war fast Mitte Oktober, die Sommersaison beendet und die Wintersaison begann erst in sieben Wochen.**

Fast alle Liftanlagen waren außer Betrieb, viele Restaurants und Hütten haben geschlossen. Wir machten unterhalb des Langkofels eine Pause. Ein Mann und eine Frau mit FFP2-Maske in den Gesichtern gingen bergauf. Weit und breit waren keine weiteren Menschen zu sehen.

Mit einer verständnislosen Leichtigkeit nahmen wir das zur Kenntnis. Schnell merkten wir aber, dass diese beiden Maskenträger nicht die Ausnahme im Berggebiet waren. Ein Paar trug MNS, als es uns auf einer Flussbrücke entgegenkam. Von einer Familie musste das fünfjährige Kind die Maske tragen. Immerhin nahm ihm die Mutter diese für das Familienfoto ab. Ein Mann stand allein an der Kante eines Felsens und fotografierte in Richtung der Seiser Alm. Auch er war maskiert. Und wir sahen noch einige andere Personen, die so offenbar sich und die Dolomiten vor dem gefährlichen Virus schützten.

Was ist nur passiert, dass Menschen freiwillig dazu übergegangen sind, sich auch in der Bergluft mit dem Stoff im Gesicht beim Atmen einzuschränken? Welche Form der Angst wurde nur in den letzten Jahren erzeugt, dass Individuen ihr natürliches Empfinden so einfach ausblenden?

Irgendwie erscheint mir das, als wenn Orson Welles hier Regie führen würde. Am 30. Oktober 1938 inszenierte er in den USA das Hörspiel »Krieg der Welten«. Im Radio wurde die Geschichte von einer Invasion durch Marsmenschen nach dem gleichnamigen Science-Fiction-Roman von 1898 in Form einer Live-Reportage geschildert. Ein vermeintlicher Reporter berichtete direkt von den Landungen der Raumschiffe: »Der Feind ist da!« schreit er ins Mikrofon und »Das ist das Ende.« Obwohl die Einschaltquote zur fiktiven Reportage überschaubar war, riefen Menschen bei der Polizei und Feuerwehr an, so dass dort die Leitungen zusammenbrachen.

Festzuhalten ist, dass mit der scheinbaren Berichterstattung in der Bevölkerung unter anderem in New Jersey massive Verunsicherungen gab. Das Hörspiel schrieb Geschichte, Orson Welles wurde berühmt. War seine damalige Inszenierung eine Art Blaupause auch für die Ereignisse der Neuzeit mit einer gewünschten Tiefenwirkung beim Homo sapiens? Der Mundnasenschutz könnte ein Beleg hierfür sein. Wie leicht sich viele doch verunsichern lassen.

*Informationen zu den Polizisten für Aufklärung und weitere Texte finden Sie unter www.echte-polizisten.de*



6.000 Demokraten kamen am 28. Oktober 2023 in Dresden zusammen, um für Demokratie, das Ende von Waffenlieferungen und eine Verfassungserneuerung auf Basis des Grundgesetzes zu demonstrieren. Nach einer Auftaktkundgebung an der Semperoper (s. o.) gab es einen riesigen Umzug durch die Stadt. Foto: Querdenken-Dresden

# »ES GAB INTRIGEN, KÖRPERLICHE ATTACKEN UND EINEN SELBSTMORDVERSUCH«

***Freiheitsaktivistin Ilse Ziegler über ihren zweiten Gefängnisaufenthalt*** | INTERVIEW von Klaus Müller

**Die Ingolstädterin Ilse Ziegler landete nach einem 20-tägigen Aufenthalt in der JVA München im November 2022 im September 2023 ein zweites Mal im Knast. Grund: Nachdem sie einen Gerichtsvollzieher, der vor ihrer Türe stand, gefilmt hatte, wurde sie zu einer Geldstrafe in Höhe von rund 1.200 Euro verdonnert, weigerte sich aber beharrlich, diese zu zahlen (DW berichtete letztmals in Ausgabe 148). Nun kam sie frei. Der DW sprach mit ihr.**

**DW: Frau Ziegler, willkommen in der Freiheit. Am 18. September wurden Sie festgenommen und kamen in die JVA Aichach. Wie fanden Sie sich dort zurecht?**
Ilse Ziegler: Zunächst gab es ein Einführungsgespräch, u. a. mit einem Psychologen und einer Sozialarbeiterin, bei dem ich gefragt wurde, ob ich niemanden hätte, der die 1.200 Euro für mich bezahlt. Ich sagte, ich könne die Summe selber zahlen, wolle dies aber nicht. Dann erklärte man mir, dass ich im Gefängnis nicht arbeiten könne, da ich nur für 40 Tage in Haft sei. Darauf entgegnete ich, dass ich gar nicht zum Arbeiten da sei, sondern meinen Aufenthalt wie einen Klosterurlaub betrachten würde. Und plötzlich blickte ich in entsetzte Gesichter *(lacht)*.

**DW: Wie war die Zeit für Sie?**
I.Z.: Im Gegensatz zur JVA München habe ich in Aichach mehrere negative Erfahrungen gemacht. Das Gefängnispersonal kannte die eigenen Abläufe nicht. Man konnte zehn Angestellte fragen und bekam daraufhin zehn unterschiedliche Antworten. Für jede Kleinigkeit, etwa für Telefonate, musste man einen Antrag stellen. Ich weiß nicht, ob das Personal dämlich oder das Verhalten Absicht war, um die Häftlinge zu schikanieren. Noch viel erschreckender war für mich aber, dass es unter den Inhaftierten teilweise schlimme Intrigen gab, die in körperliche Attacken gipfelten. Neben Schlägereien gab es sogar einen Selbstmordversuch.



Hat gut lachen: Nach 40 Tagen Haft, die sie wie einen Klosterurlaub betrachtete, wurde Ilse Ziegler am 27. Oktober wieder in die Freiheit entlassen. Kämpferisch sagt sie: »Ich bin und bleibe im Widerstand und auf Konfrontationskurs.« Foto: privat.

**DW: Das klingt alles sehr unschön…**
I.Z.: Ich hatte trotzdem eine gute Zeit, was vor allem an meiner Einstellung lag. Ich sagte mir: Wenn der liebe Gott mich wieder an einen so dunklen Ort schickt, wird er seine Gründe dafür haben. Viele andere Häftlinge waren depressiv. Mit einigen habe ich intensive Gespräche geführt und glaube, dass ich ihnen etwas Mut machen konnte. Man sollte sich grundsätzlich von Menschen, die einem nicht guttun, fernhalten und auch nie von anderen triggern lassen, sondern stattdessen innerlich immer in seiner Mitte bleiben. So kommt man nie in eine Opferhaltung. Das zu beherrschen, ist ein Lernprozess.

**DW: Sie tragen also kein Trauma davon?**
I.Z.: Ach, was. Draußen lag ich oft in der Sonne. In meiner Zelle habe ich mir Gesichtsmasken aufgelegt. Dienstags gab es zum Abendessen immer eine große Schüssel Quark, davon habe mir etwas aufgehoben – für mein ganz persönliches Wellness-Programm *(lacht)*.

**DW: Am 27. Oktober wurden Sie entlassen. Wie war der erste Tag in Freiheit für Sie?**
I.Z.: Ich kam um 6:40 in der Früh frei. Mein Lebensgefährte wartete bereits auf mich. Er wollte eigentlich eine große Party mit Freunden organisieren, hatte sie aber auf meinen Wunsch hin abgeblasen. Ich bin sehr gesundheitsbewusst und wollte Ende September eine einwöchige Fastenkur machen. Dann kam jedoch meine Haftstrafe dazwischen. Da ich bereits seit Wochen mehrere frische Säfte in meinem Kühlschrank gelagert hatte, wollte ich die nun sofort aufbrauchen, bevor sie schlecht werden.

**DW: Wie geht es nun für Sie weiter?**
I.Z.: Meine Zellengenossin und ich teilten uns einen nur circa zehn Quadratmeter großen Haftraum. Ich werde prüfen, ob ich deshalb nicht einen Schadenersatzanspruch stellen kann. Auch weitere juristische Schritte behalte ich mir vor. Ich habe zum Beispiel bis heute keinen Haftbefehl gesehen. Man kann bei meiner Verhaftung also möglicherweise von einer Verschleppung reden. Das gilt es zu klären.

**DW: Wie blicken Sie auf den Widerstand?**
I.Z.: Was mich entsetzt: In Ingolstadt bei den Montagsspaziergängen sind wir gerade mal noch mit 20 Leuten unterwegs, in der Spitze waren wir 1.000. Ich finde es traurig, dass der Widerstand derzeit etwas dahindümpelt. Es muss wohl erst wieder eine akute Bedrohung geben, dass die Leute erneut in größerer Anzahl mobilisiert werden, auf die Straße zu gehen. Das wird früher oder später auf jeden Fall passieren. Ich hoffe nur, dass es in Anbetracht der zunehmenden Kriegsaktivitäten dann nicht bereits zu spät ist. Fest steht: Ich bin und bleibe im Widerstand und auf Konfrontationskurs und werde die irren Spielchen der Politik auch künftig nicht mitmachen.

**DW: Frau Ziegler, vielen Dank für dieses Gespräch.**




## DIESE WOCHENZEITUNG

VERTEILEN, AUSLEGEN, VERKAUFEN

### WARUM?

• Der »Demokratische Widerstand« erscheint wöchentlich seit dem 17. April 2020.

• Mit der gedruckten Zeitung erreichen wir Menschen, die sonst nur der Konzern- und Regierungspresse ausgeliefert sind.

• Verteilen Sie den Widerstand, halten Sie andere auf dem Laufenden und klären Sie auf: beim Spazierengehen, in Briefkästen, im Geschäft, im Betrieb, in der Fußgängerzone.

• Die Zeitung ist analog, somit auch von *Big Tech* unabhängig und unzensierbar.

• Nach dem Kollaps der Presse: Bauen wir gemeinsam eine neue Wochenzeitung in deutscher Sprache auf.

### WIE KOMMEN SIE AN DIE ZEITUNGEN?

• Geben Sie doch einfach auf **demokratischerwiderstand.de/verteilen** die Adresse an, an die wir die Zeitungen liefern sollen. Wir geben Ihre Daten nicht weiter. Wenn Sie kein Internet nutzen, fragen Sie jemanden, dem Sie vertrauen, ob er das für Sie erledigen kann.

• Wählen Sie aus, wie viele Zeitungen Sie verteilen wollen. Nicht übertreiben.

• Überweisen Sie die anfallenden Unkosten für Druck, Versand und Steuern.

• Bei der Überweisung schreiben Sie in das Betreff-Feld noch einmal Ihren Namen und Ihre Anschrift, damit wir Ihre Zahlung sicher zuordnen können.

• Jeder Zahlungseingang wird einer Bestellung zugeordnet.

• Zahlungseingänge werden bis einschließlich Montag für den Druck und Versand der kommenden Zeitung berücksichtigt. Spätere Eingänge werden automatisch der darauffolgenden Ausgabe zugeordnet.

• Beim Verteilen erhaltene Spenden gehen an den Verteiler. Bei größeren Summen freut sich die Redaktion über einen Anteil, der ihr zusteht. Hier bereichert sich niemand.

# Eine neue Schule

***Aus Abscheu vor den Corona-Maßnahmen trat die Schulleiterin Bianca Höltje von ihrem Posten als Schulleiterin zurück. Nun begleitet sie Eltern und Lehrer, die neue Schulen gründen. Und das überall im Land*** | Von Hendrik Sodenkamp

**DW: Können Sie sich den Lesern einmal vorstellen?**
Bianca Höltje: Ich war viele Jahre Schulleiterin in Niedersachsen und habe meinen Beruf geliebt. Doch wegen den Corona-Maßnahmen an den Schulen remonstrierte ich 2021 und arbeite seitdem außerhalb des staatlichen Schulsystems als Pädagogin und helfe Eltern und Lehrern beim Aufbau freier Schulen.

**DW: Warum remonstrierten Sie?**
B.H.: Ich konnte die Coronamaßnahmen nicht mit meinem Gewissen vereinbaren. Ich sah, wie die Kinder immer unglücklicher wurden. Ich verweigerte mich, diese An- und Verordnungen umzusetzen und begründete diesen Schritt mit der Verletzung der Kinderrechte.


Die ehemalige Schulleiterin Bianca Höltje hilft Eltern und Lehrern beim Aufbau freier Schulen. Foto: privat.

**DW: Die Corona-Maßnahmen sind vorbei. Wurden Sie trotz des vielfach beschworenen Lehrermangels nicht zurückgeholt?**
B.H.: Nein. Ich wurde suspendiert, wozu ich aber nichts sagen möchte, da das Verfahren noch läuft.

**DW: Was machen Sie nun?**
B.H.: Da ich damals den Schritt an die Öffentlichkeit gewagt hatte, kam ich in Kontakt mit zahlreichen Eltern- und Lehrergemeinschaften. Viele von diesen waren ebenfalls nicht einverstanden mit den Maßnahmen und den Verordnungen und suchten nach Möglichkeiten, ihre Kinder vor diesen zu schützen. Und auch generell, um eine bessere Bildung ihrer Kinder zu erlangen. Schulgründungen sind komplex. Ich wurde gebeten, diese Gruppen mit meiner Erfahrung und Expertise als Schulleiterin zu unterstützen, was ich dann auch tat.

**DW: Wie lief das ab?**
B.H.: Zuerst begleitete ich von 2021 bis 2022 ehrenamtlich diese Prozesse. Ich hospitierte in freien Schulen, führte viele Gespräche und half bei den Anträgen. Seit dem Herbst 2022 mache ich das beruflich.

**DW: Gibt es nach Unterstützung bei Schulgründungen eine so große Nachfrage, dass Sie das beruflich machen können?**
B.H.: Bereits vor Corona ist die Zahl an Schulneugründungen stark gestiegen. Das lag am Lehrermangel, den großen Klassen und der daraus resultierenden Unzufriedenheit bei Eltern, aber auch bei Lehrern. Seit den Coronamaßnahmen sind die Bestrebungen neue, freie Schulen zu gründen, durch die Decke gegangen. Allein ich begleite nun 50 Schulneugründungen in ganz Deutschland.

**DW: Wie kann man sich diesen Prozess der Schulgründung vorstellen?**
B.H.: Entweder kommen Eltern zusammen oder Lehrer oder beide. Diese müssen einen Träger bilden, also einen Verein oder eine gemeinnützige GmbH, geeignete Räume finden und ein pädagogisches Konzept entwickeln. Dieses muss man bei den Behörden einreichen und bekommt dann eine Zulassung bzw. eine Bestätigung, dass man eine Schule ist.

**DW: Was notwendig ist, da es in Deutschland eine Schulpflicht gibt.**
B.H.: Genau. Die Vorstellung und Hoffnung einiger Eltern, quasi einem Schulverein beizutreten und dann die Kinder selber zu Hause zu unterrichten, erfüllt sich nicht, da es in Deutschland die Pflicht gibt, in eine Schule zu gehen. Und diese Pflicht ist auch räumlich gemeint, was jedoch nicht bedeutet, dass der Schulunterricht nicht auch im Freien stattfinden kann.

**DW: Wie lange dauert der Prozess in der Regel – also vom Zusammenkommen, Konzept erarbeiten bis hin zur amtlichen Bestätigung?**
B.H.: Ich habe erlebt, dass das innerhalb von rund zwölf Monaten ging. Meistens jedoch muss man mit ein paar Jahren rechnen, da die Schulbehörde häufig Korrekturen und Anpassungen in den Dokumenten beanstandet und man auch Dinge wie Brandschutzvorschriften oder geeignete Sanitäranlagen berücksichtigen muss. Es gibt also auch den Bedarf nach baulichen Maßnahmen, die ebenfalls Zeit beanspruchen.

**DW: Gründen Elterngruppen eine Schule allein für ihre eigenen Kinder, so dass sich die Schule wieder auflöst, wenn diese die Bildungsjahre durchlaufen haben?**
B.H.: Nein, das geht rein rechtlich schon nicht. Diese freien Schulen sind auf Dauer angelegt und es ist auch so, dass die Schulen, wo in jedem Fall immer mehr Menschen hinzukommen werden als man denkt, sich als Institution von ihren Gründern verselbstständigen. Es ist dann eben nicht mehr *meine* Schule, sondern *die* Schule. Grundsätzlich kann man festhalten: Wer dieses Projekt angeht, hat die nächsten Jahre alle Hände voll zu tun. Aber es lohnt sich.

**DW: Gesetzt, jemand will jetzt mit anderen Eltern eine Schule gründen. Wie erreicht man Sie für Unterstützung?**
B.H.: Über meine Internetseite biancahoeltje.de. Dort findet man meinen Kontakt.

**DW: Und auch den Hinweis auf Ihr Buch »Wir brauchen eine neue Schule«, in dem Sie Vorschläge für diese neue Schulen darlegen.**
B.H.: Genau.

**DW: Frau Höltje, wir danken Ihnen für das Gespräch.**

## BESTANDSAUFNAHME



**ALLERORTEN SPRIEßEN NEUE MEDIENBLOGS AUS DEM BODEN, DIE SICH AUFMACHEN, DIE WAHRHEIT ZU VERBREITEN. DEUTLICH WIRD FAST IMMER: DIE GLAUBWÜRDIGKEIT DER US-, NATO- UND EU-ORIENTIERTEN KONZERNE NIMMT SEIT 9/11 ALLMÄHLICH UND SEIT DER CORONA-LÜGE 2020 IN RASANTEM TEMPO AB.**

• Die in Teilen der EU verbotene oder zensierte russische Auslandswelle *RT* weist in ihrem Artikel vom 1. November darauf hin, dass lateinamerikanische Staaten diplomatisch gegen Israel vorgehen: »Israels Angriffe auf Gaza, bei denen bereits Tausende von Zivilisten getötet und verletzt worden sind, belasten das diplomatische Verhältnis zwischen Tel Aviv und mehreren Staaten in Lateinamerika schwer. Die Länder verurteilen die Verletzung des humanitären Völkerrechts.« Boliven rief »nach dem israelischen Angriff auf das Flüchtlingslager Dschabaliya mit Dutzenden von Toten und Verletzten beschloss die Regierung in La Paz, die diplomatischen Beziehungen zu Israel abzubrechen.« Chile, Kolumbien, Venezuela und Brasilien sanktionierten ebenfalls die Regierung Netanjahu. »Wir erleben zum ersten Mal einen Krieg, in dem die Mehrheit der Getöteten Kinder sind«, so Präsident Luiz Inácio Lula da Silva laut der *RT*-Meldung. DW-Fazit: Südamerika steht an der Seite Moskaus und Gazas. (ale)

• Der renommierte linkssozialdemokratische *Online*-Blog Nachdenkseiten (NDS) arbeitet sich lobend am vergleichsweise unabhängigen Multimillionär und Unternehmer Holger Friedrich ab, der sich erlaubte, in seiner *Berliner Zeitung* den eigenen neofaschistischen Redakteur Thilo Mischke richtigzustellen. Dieser hatte Demonstranten der neuen Friedens- und Demokratiebewegung mit der Hamas und »Antisemitismus« gleichgesetzt, was der Verleger in der Folgeausgabe entschieden korrigierte. Der NDS-Kommentator Dieter Dehm attestierte Friedrich dafür »Rückgrat«, denn Friedrich wurde in der Folge die Lügenschweine und Spritzenmörder vom Tagesspiegel, dem abgefeimtesten Propagandablatt der Berliner Junta, attackiert. DW-Fazit: Hochbezahlte Leute streiten sich um Worte, die keinen Griff mehr in die Wirklichkeit haben. (ale)

• Der rechte Verleger, Intellektuelle und leitende Redakteur von Sezession.de, Götz Kubitschek, arbeitet in seinem Artikel »Hinter den Linien« vom 28. Oktober 2023 heraus, dass der Ex-*Bild*-Chefredakteur Julian Reichelt und dessen mit viel Oligarchengeld hochgepumptes neues »Nius«-Projekt nicht voll glaubwürdig sind. Das deckt sich mit DW-Recherchen. Reichelt hatte zunächst die Zwangsinjektion protegiert und will nun vermutlich auf einem CDU-Nebengleis à la Tucker Carlson Kasse machen. Sezession.de moniert: »Nur von der zivilreligiösen Aufladung kollektiver deutscher Schuld her ist zu erklären, wie der dissidente Journalist Julian Reichelt mit dem Verweis auf die Bombardierung deutscher Städte die Bombardierung des Gaza-Streifens durch Israel rechtfertigt.« DW-Fazit: Intelligenz , Auffassungsgabe und Bildung sind ab einem gewissen Fortschrittsgrad interessanter als politische Traditionen. Reichelt hat nicht viel von alledem.

• »Wir dürfen uns nicht an Kriege gewöhnen lassen«, appellierte Papst Franziskus laut dem Staats- und Konzern-Propagandablog Tagesschau.de, den katholischen Vertreter Gottes auf Erden am 2. November wieder. Weiter heißt es: »Hinter den vielen bewaffneten Konflikten stehe eine wirtschaftlich lukrative Rüstungsindustrie.« (ale)

# Briefe an die Redaktion

Leserbriefe an: K.D.W. e.V.
Postfach 35 02 16, 10211 Berlin

DW-JUBILÄUMSAUSGABE WAR EIN VOLLER ERFOLG

Danke für Eure 150. Ausgabe. Ich hatte 400 Exemplare bestellt und mit großer Freude verteilt. Durch die hochkarätigen Interviews mit bekannten Persönlichkeiten (u. a. mit Dr. Wolfgang Wodarg, Dr. Gunter Frank und Ernst Wolff) zu brisanten Themen und den tollen Gastbeiträgen (u. a. Peter Hahne) dürfte sie mit Sicherheit sehr viele Menschen angesprochen haben. Ich habe die Zeitungen in Briefkästen gesteckt – allerdings nicht dort, wo »Bitte keine Werbung« draufsteht. Durch das Verteilen kam ich mit dem Rad an die frische Luft und lernte neue Gegenden meiner Stadt kennen. Bei meinem nächsten Jahres-Abo möchte ich ein Doppel-Abo beziehen (zwei Zeitungen pro Kuvert), um ein wertvolles Exemplar zu behalten und das andere weiterzugeben. Hochachtung und herzliche Grüße.
– Birgit L.

## AUF DEM SCHIRM

RUNDBRIEF! Für Newsletter eintragen auf NichtOhneUns.de
instagram.com/demokratischerwiderstand
t.me/DemokratischerWiderstandTelegram
facebook.com: DemokratischerWiderstandZeitung
youtube.com: Demokratischer Widerstand




Dieser Friedensaktivist ist zurecht optimistisch: Das Gute wird am Ende immer siegen. Foto: Georgi Belickin/DW.

# AB IN DEN KRIEG

***Robert Habeck legte am 24. Oktober 2023 seine sogenannte »Industriestrategie« vor*** | Von Hendrik Sodenkamp

**Der Zeitgeist, politische Zielsetzungen und das Selbstverständnis der Bundesrepublik haben sich seit Corona massiv gewandelt. Gab es bei Afghanistan noch ellenlange Diskussionen darüber, ob der desaströs gescheiterte Militäreinsatz am Hindukusch als »Krieg« bezeichnet werden darf (oder als militärische Sonderoperation?), tritt nun ein Verteidigungsminister Boris Pistorius (SPD) vor die Kameras und kündigt an, dass wir uns auf Krieg in Europa vorbereiten müssen. Also auf Krieg in Deutschland.**

»Wir müssen uns wieder an den Gedanken gewöhnen, dass die Gefahr eines Krieges in Europa drohen könnte. Und das heißt: Wir müssen kriegstüchtig werden. Wir müssen wehrhaft sein. Und die Bundeswehr und die Gesellschaft dafür aufstellen«, so Pistorius am 29. Oktober 2023 in der *ZDF*-Sendung Berlin direkt.

Bei dieser Aussage wurde von der Moderatorin Shakuntala Banerjee nicht kritisch nachgefragt, vielmehr verlangte sie selbst einen »Mentalitätswechsel«. Banerjee fragte also nicht danach, welcher von Deutschlands neun Nachbarstaaten demnächst angreifen sollte. Die Franzosen? Die Dänen? Liechtenstein? Deutschland steht schlicht nicht kurz vor der Invasion. Wen will Pistorius also selbst angreifen?

Pistorius Aussage: »Wir müssen die deutsche Gesellschaft auf Kriegsbereitschaft einstellen« verdient eine genauere Betrachtung.

### WORT FÜR WORT

1. »Wir« – Wer ist wir? Der Blick in den Blätterwald zeigt schon einmal, wer sich angesprochen fühlt. Die *Welt* sieht in Pistorius Worten eine »Dringende Warnung vor Kriegsgefahr«, der *Merkur* meint die Regierungslinie an das dumme Volk vermitteln zu müssen »Warum Verteidigungsminister Boris Pistorius vor Krieg warnt«, das *ZDF* verstärkt »Pistorius spricht unbequeme Wahrheit aus« und der *WDR* titelt. »Gefahr eines Kriegs in Europa? – Sicherheitsexperte stimmt Pistorius zu«. Es ist aber auch das Signal in sämtliche anderen Stellen des Apparats, dass die Deutschen nun fit für den Krieg gemacht werden sollen.

2. »müssen« – Wer zwingt Pistorius, die Bundesregierung, den Apparat dazu die deutsche Gesellschaft kriegsbereit zu machen? – Die Wirklichkeit ist es ja nun nicht, da, wie gesagt, Deutschland glücklicherweise nicht kurz davor steht, angegriffen zu werden. – Also das Gesetz? – Trotz mehrerer Anrufe bei befreundeten Anwälten konnte mir niemand eine solche Stelle im Grundgesetz aufzeigen. Also das anscheinend ebenfalls nicht. – Der Wählerwille dürfte es wohl auch nicht sein, der die Regierung dazu zwingt, denn die meisten Deutschen haben schlicht keine Lust auf Krieg. Und das Volk dürfte in einer Demokratie eigentlich der einzige Grund sein, dass die Regierung zu irgendetwas gezwungen ist. – Bleiben also die »internationalen Partner«. Die Nato. Die US-Amerikaner. Für die sollen wir also kriegsbereit werden.

3. »die deutsche Gesellschaft« – Damit sind wir dann auch hier im Wirtschaftsressort angekommen, denn für die Kriegsbereitschaft lieferte der Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Olivgrün) in der vergangenen Woche die Kriegswirtschaftsstrategie »Industriepolitik in der Zeitenwende«. Dort wird nicht nur festgehalten, in welchem katastrophalen Zustand sich die deutsche Industrie derzeit befindet: (»Für zahlreiche Betriebe der energieintensiven Industrie sind diese Preise (für Strom) existenzbedrohend, es droht eine Erosion der deutschen Grundstoffindustrie und damit der Wegfall integrierter Wertschöpfungsketten«) sondern es wird auch festgehalten, dass Habeck nun die Wirtschaft im Sinne unseres Kriegsministers als Frage der nationalen Sicherheit betrachtet.

»Deutschland und Europa müssen auf die veränderte geopolitische Lage insbesondere in Folge des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine und im Angesicht des immer aggressiveren Auftretens Chinas reagieren. Ein Weiter-so wäre gefährlich für die Sicherheit Deutschlands und Europas und für unser wirtschaftliches Wohlergehen (Anm.: Man beachte die Reihenfolge. Erst die Sicherheit, dann das wirtschaftliche Wohlergehen). Wirtschaftssicherheit ist deshalb eine neue Priorität unserer Industrie und Wirtschaftspolitik (Anm. Hervorhebung im Original)«. Man will »gefährliche Abhängigkeiten abbauen«, Abhängigkeiten, die genau deshalb geschaffen worden waren, weil sie »gefährlich« waren. Da man meinte, so die Kriegsgefahr zwischen Staaten zu minimieren, wenn sie wirtschaftlich voneinander abhängig sind.

### WANDEL DURCH HANDEL?

Zudem sollen die Handelsbeziehungen mit »Verbündeten« intensiviert und »strategisch wichtige Industrien in Europa gehalten, verloren gegangene zurückgeholt und neue Schlüsselindustrien angesiedelt« werden. Dies soll im Rahmen der EU geschehen, denn »Autarkie wäre ein völlig falsches Ziel und kontraproduktiv, auch weil sie die Widerstandskraft unserer Volkswirtschaft gegen inländische Schocks (!) erheblich verringern würde.« – Was Habeck mit inländischen Schocks wohl meint, die mittels der EU überwunden werden sollen? Beinhaltet diese Strategie womöglich ein Aufstandsbekämpfungsprogramm? Für den Aufbau von Produktionskapazitäten mit »einfach umsetzbaren Resilienzkriterien« soll es direkte Förderung geben. Denn: »Wirtschaftssicherheit hat ihren Preis – so wie es die klassische Sicherheitspolitik hat. Diesen Preis müssen wir aber in einer solidarischen Anstrengung, je nach Kräften und Möglichkeiten, zahlen, wenn wir unsere Sicherheitsinteressen und die unserer Bündnispartner (!) respektieren wollen.«

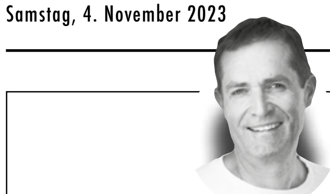
Was hier so nett palavernd daherkommt, sind gänzlich neue Kriterien der Industriepolitik im Vergleich zu Vor-Corona. Hier geht es nicht mehr um die Entfesselung der Marktkräfte durch den Abbau von Regularien, den Abbau der Staatsschulden und die Schwarze Null oder darum, den Standort Deutschland attraktiver zu machen. Hier wird Wirtschaftspolitik gemacht unter Kriegsaspekten.

### KRIEGERISCHE LAGE VON NATIONALER TRAGWEITE

Wenn Spekulation erlaubt ist: Gut möglich, dass hier für Deutschland so etwas wie die »kriegerische Lage von nationaler Tragweite« erfunden wird. So wie bei der epidemischen Lage nie klar war, ob sie jetzt da war, oder kurz bevor stand, wird in Zukunft auch mit dem Krieg argumentiert werden. Im Sinne von: Eigentlich führen wir die ganze Zeit schon Krieg gegen Russland, aber wir müssen jetzt dieses oder jenes machen, dass wir, wenn wir dann Krieg gegen Russland/China führen, vorbereitet sind und wer etwas dagegen sagt, ist Agent Russlands, gegen den wir jetzt schon Krieg führen.

Die Kriegsindustrie-Wirtschaftspolitik Habecks riecht stark nach Geheimdienst. Ganze Seiten des Strategiepapiers sind den gesellschaftlichen Wohltaten gewidmet, welche die Industrie der Gesellschaft bietet. Das mag alles stimmen, wer will schon eine Deindustrialisierung und den puren Horror der digitalen Dienstleistungsgesellschaft, doch klingen diese Seiten im Rahmen der neuen »Wirtschaftssicherheit« durchaus auch als Maßnahme der vorbeugenden Aufstands- und Oppositionsbekämpfung.

Auch Bundesinnenministerin Nancy Fäser leistete in der vergangenen Woche ihren Beitrag dazu, die »Gesellschaft wehrtüchtig aufzustellen«. So soll der Inlandsgeheimdienst laut Plänen der in Hessen gescheiterten Bundesministern zukünftig auch die Erlaubnis bekommen, Angehörige, Vermieter, Arbeitgeber oder Freunde vor »Extremisten« zu warnen. Die Agenten sollen zuflüstern dürfen, wer hier radikal ist und somit die vom Staat beobachteten Menschen isolieren, wirtschaftlich schädigen und vor die Tür setzen. Ob diese »Extremisten« wohl noch in Habecks Kriegsfabriken arbeiten dürfen?



WIR SIND DIE 99 PROZENT!
MOTOR MITTELSTAND
KOLUMNE *von Wolfgang Greulich*

## DEN BOCK ZUM GÄRTNER GEMACHT

**Da wurde der Bock zum Gärtner gemacht – selten gab es so viele passende Beispiele für diese Redewendung wie heutzutage. Unser vergesslicher Herr Bundeskanzler, unser schreibender Herr Wirtschaftsminister, unsere WEF-Azubine Frau Außenministerin und unser Herr Landwirtschaftsminister sind stellvertretend herausragende Beispiele dafür, dass ein Bock eben nicht nur das Gras im Garten frisst, sondern zusätzlich auch noch durch das Fressen der Wurzeln den gesamten Garten vernichtet. Vorsätzlich, nicht zufällig.**

Und diese Gärtner bringen es dann auch noch fertig, andere Böcke ebenso je nach Bedarf zum Gärtner zu machen. Die KfW zum Beispiel, eigentlich ja für die Kapitalversorgung des Mittelstandes zuständig, schafft es, die derzeitige wirtschaftliche Lage in blumigen Worten als Belastungsprobe für den deutschen Mittelstand zu bezeichnen. Eine Belastungsprobe, die »bislang nur für leichte Blessuren gesorgt habe«. Frau Dr. Fritzi Köhler-Geib, die Chefvolkswirtin der KfW, setzt weitere Impulse in der wirtschafts- und finanzpolitischen Diskussion und spricht lapidar von einem konjunkturellen Gegenwind. Insolvenzen, Teuerungsraten, Inflation – das alles ist bei ihr offenbar noch nicht angekommen. Die eigene warme Dusche am Monatsende kommt dagegen quasi wie von selbst.

Die aktuelle Situation bringt Christoph Ahlhaus, Mittelstandschef des BVMW in Berlin, schon ganz anders auf den Punkt: »Die Unternehmen erleben keinen Gegenwind und auch kein laues Lüftchen, sie erleben einen ausgewachsenen *Shitstorm* aus Bürokratie, viel zu hohen Steuern und Abgaben sowie einer hausgemachten Energiekrise, auf die Teile der Ampel auch noch stolz zu sein scheinen.« Meint er mit »Teile der Ampel« etwa die erwähnten Gärtner?

Im Sommer hatte die KfW vollkommen an der Realität vorbei noch davon gesprochen, zum Jahresende könnte die deutsche Wirtschaft wieder wachsen. Ja, es wächst schon was, nämlich der Frust bei den Unternehmern, die Zahl der Abwanderungen ins Ausland und *last but not least* die Zahl der Insolvenzen. Im ersten Halbjahr 2023 haben die deutschen Amtsgerichte 8.571 Insolvenzen gemeldet – das sind 20,5 Prozent mehr als im Vorjahreszeitraum.

Es braucht wirklich einen großen *Reset*, überwiegend den in den Köpfen der 99 Prozent. Es ist wichtig, selbst die Wahrheit zu suchen, um dann Zusammenhänge zu erkennen. Widerstand und Wandel *made in Germany*!

Wolfgang Greulich ist Widerstandsaktivist und erfolgreicher IT-Unternehmer.

# Feindliche Übernahme

***Feudalherren des Westens holen sich »ihr« Land zurück***
Von Felix Feistel

**In vielen Bereichen zeichnet sich ein Weg in die totalitäre Überwachung und Steuerung der Bevölkerung ab. Ein wichtiger Aspekt dieses Programms ist jedoch die Monopolisierung der Nahrungsmittelversorgung.**

Darauf machte nun auch die Finanzanalystin und ehemalige stellvertretende Ministerin für Wohnungswesen unter der Bush-41-Administration sowie Herausgeberin des Solari-Reports, Catherine Austin Fitts, aufmerksam. Ihr zufolge sollen Nahrungsmittel als Mittel der Kontrolle der Bevölkerung eingesetzt werden. Denn jeder Mensch benötigt Nahrung, sie ist grundlegend für das Leben. Wer die Nahrungsmittel kontrolliert, so Fitts, kontrolliert auch die Menschen. Gleichzeitig ist auch ein System der Digitalen Zentralbankenwährung nicht so effektiv, wenn es einen freien Fluss an Nahrungsmitteln gibt, wenn viele Menschen Nahrung selber anbauen, denn dann können die monetären Schranken, die mit dem Zentralbankengeld gezogen werden sollen, umgangen werden. Dem muss von Seiten der herrschenden Oligarchie ein Riegel vorgeschoben werden, soll die Kontrolle funktionieren.

### ZENTRALER SPEISEPLAN

Und daran wird dann entsprechend auch auf verschiedenen Wegen gearbeitet. So wird die Erzählung vom menschengemachten Klimawandel genutzt, um kleinbäuerliche Betriebe weltweit mit Gewalt zu schließen. Das erleben die Bauern in den Niederlanden, die sich seit über einem Jahr diesen totalitären Ambitionen ihrer Regierung widersetzen. Diese plant, 3.000 Betriebe zu schließen, angeblich, weil diese zu viel Stickstoff emittieren. Dieses, so wird behauptet, sei schädlich für die Umwelt, insbesondere für das Klima, und müsse daher reduziert werden. Grundlage dafür ist eine Richtlinie der EU aus dem Jahr 2019, in der auch festgelegt wird, dass zehn Prozent der Ackerflächen in der EU bis zum Jahr 2030 stillgelegt werden sollen. Zehn Prozent dieser Ackerflächen, oder 220.000 Hektar Land sollen in »Neue Natur« umgewandelt werden, oftmals aber wird das Land auch Investoren überlassen, um auf dem Land Mietwohnungen oder Solarparks zu errichten.

Um das zu erreichen, arbeitet die niederländische Regierung mit einer Mischung aus Zuckerbrot und Peitsche. Einerseits soll den Bauern die Aufgabe ihres Betriebes schmackhaft gemacht werden, indem ihnen die Höfe zu großzügigen Preisen abgekauft werden. Im Gegenzug müssen sie sich aber dazu verpflichten, nie wieder als Landwirte zu arbeiten, weder in den Niederlanden noch in anderen Ländern Europas. Gehen sie auf dieses Angebot nicht ein, werden sie einfach enteignet. Eine Wahl haben sie also nicht.

Doch nicht nur in den Niederlanden, auch in Großbritannien und den USA werden Bauern dafür bezahlt, dass sie ihren Betrieb aufgeben und das Land der Regierung überlassen. In Deutschland könnten bis zu 215.000 Betriebe geschlossen werden, da die EU-Richtlinie für alle Mitgliedsstaaten verbindlich ist. Neben Bauern soll auch Privatpersonen der Nahrungsmittelanbau erschwert werden. So fand bereits im vergangenen Jahr eine Medienkampagne gegen private

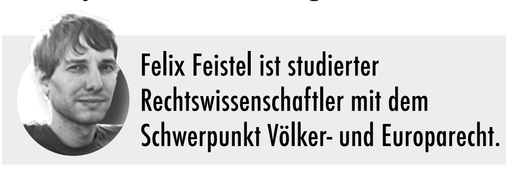



Demokrat will die Handschellen klicken hören.
Foto: Georgi Belickin/DW.

Hühnerhalter statt, die für die Verbreitung der Vogelgrippe verantwortlich gemacht wurden. Ob diese Vogelgrippe tatsächlich grassierte, ist dabei schwer zu sagen, denn immerhin wurde wieder nur mit einem nutzlosen PCR-Test getestet. Doch dabei zeichnet sich ab, dass private Tierhaltung erschwert werden soll, und auch ökologische Tierfarmen sind von dieser Kampagne getroffen.

Und diese Massentierhaltung wird von großen Konzernen organisiert. Diese Konzerne, deren größte Vertreter, die Agrarkonzerne Cargill, Tyson Foods, JBS, und National Beef Packing, aus den USA stammen, warten bereits auf die Übernahme der europäischen Marktanteile. Hinter diesen Konzernen stehen die Finanzverwalter Blackrock und Vanguard, die damit auf reichlich Profite hoffen dürfen. Diese Entwicklung wurde maßgeblich vom Weltwirtschaftsforum (WEF) orchestriert, das schon 2013 sogenannte Food Inoovation Hubs gründete. Dazu ging das WEF sogar mit der UN zusammen, um diese Entwicklung voranzutreiben. Natürlich heißt das in deren salbungsvoller Sprache anders. Es wird als »inklusive Innovation, die die Bedürfnisse aller Stakeholder im Nahrungs-System erfüllt« bezeichnet, die dazu führt, dass »niemand zurückgelassen wird«.

Doch die Monopolisierung des Lebensmittelsektors ist nicht lediglich ein großes Geschäft. Sie birgt die Gefahr einer totalen Kontrolle der Menschheit durch eine kleine, oligarchische Kaste, die noch dazu den Menschen auf diesem Weg mRNA-Genstoffe aufnötigen kann. Vorangetrieben wird diese Machtakkumulation unter dem Deckmantel des Klimaschutzes, denn all diese Entwicklungen und Ansätze werden als Maßnahme zur Bekämpfung des Klimawandels verkauft und erhalten auf diese Weise einen grünen, nachhaltigen und damit alternativlosen Anstrich. Über diesen Weg werden die Menschen dieser Welt in einen neuen Feudalismus getrieben, in dem wenige Oligarchen die Herrschaft ausüben und die Menschen von sich abhängig machen und sie auf diese Weise kontrollieren, überwachen und zum Konsum ihrer Waren und Erfindungen zwingen können. Dieser Entwicklung muss Einhalt geboten werden. Anderenfalls verlieren wir auch das letzte Bisschen an Freiheit, das wir jetzt noch haben mögen.



Felix Feistel ist studierter Rechtswissenschaftler mit dem Schwerpunkt Völker- und Europarecht.

*Dieser Text erschien auch auf der Presseplattform apolut.net, wo er als Audiostrekke einhörbar ist. Für diese Zeitung wurde er behutsam gekürzt.*

## MELDUNG

### AUFLAGEN BRECHEN EIN: BILD & CO IM SINKFLUG

Berlin/DW. Manipulative und einseitige Berichterstattung sowie Anbiederung an die Regierenden zahlen sich auf Dauer nicht aus: Wie der ÖRR verlieren auch die *Mainstream*-Medien ungebremst an Zuspruch und Vertrauen. So verlor die *Bild* im dritten Quartal 2023 11,1 Prozent ihrer Abos und Einzelverkäufe, die *Welt am Sonntag* 16,7 Prozent und die *Bild am Sonntag* sogar 34,2 Prozent im Vergleich zum Vorjahreszeitraum. Auch die *Süddeutsche Zeitung* (minus 8,6 Prozent) und die *Frankfurter Allgemeine* (minus 7,4 Prozent) rauschen in den Keller. (kmü)

### POSTBANK MACHT FAST DIE HÄLFTE ALLER FILIALEN DICHT

Frankfurt am Main/DW. Wie die *Financial Times* berichtet, will die Deutsche Bank von den insgesamt 550 Postbank-Filialen 250 Standorte bis Mitte 2026 schließen. Grund: Viele Zweigstellen seien seit langem unprofitabel. In 100 der verbleibenden Filialen sollen zudem nur noch Bankdienstleistungen angeboten werden. Derzeit kann man dort u. a. auch noch Pakete aufgeben und Briefmarken kaufen. (kmü)

### PLEITEWELLE IN DEUTSCHLAND SCHREITET VORAN

Hamburg/Berlin/DW. Fast kein Tag vergeht, ohne dass es in Deutschland weitere Firmeninsolvenzen gibt. Hinzugekommen ist nun der Biokost-Hersteller Purefood, zu dem die Marken Lycka, Stark und Teatox gehören und dessen Produkte (u. a. Schokoriegel, Eiscreme, Pizza) etwa bei Aldi, Edeka und REWE vertrieben werden. Ebenfalls Insolvenz angemeldet hat der *Online*sporthändler Signa Sports United, die Muttergesellschaft dutzender Internethändler aus dem Sportartikelmarkt wie Tennis-Point, fahrrad.de und Campz. (kmü)

### BIP SCHRUMPFT WENIGER STARK ALS BEFÜRCHTET

Wiesbaden/DW. Die deutsche Wirtschaft schlägt sich besser als zunächst befürchtet. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) ist im dritten Quartal nur um 0,1 Prozent gesunken. Dies teilte das Statistische Bundesamt in einer ersten Schätzung mit. Viele Ökonome hatten mit einem Rückgang um 0,3 Prozent gerechnet. Deutschland verharrt damit in einer Stagflation bei spürbarer Inflation. (kmü)

### LEBENSMITTEL TEILWEISE UM BIS ZU 91 PROZENT TEURER

Düsseldorf/DW. Wie das *Handelsblatt* berichtet, übertrumpfen sich derzeit viele Supermärkte mit Rabattversprechen. So werbe Netto damit, dieses Jahr »bereits über 2.000 Artikel dauerhaft im Preis gesenkt« zu haben. Laut einer von der Zeitung in Auftrag gegebenen Analyse seien jedoch 54,1 Prozent des Sortiments im Lebensmitteleinzelhandels teurer als noch zu Jahresbeginn. Seit dem Ukrainekrieg hätten sich Lebensmittel bis zu 91 Prozent verteuert. (kmü)

# GEPLANTE VERTREIBUNG

***Mit dem Krieg gegen die Palästinenser »rettet« sich die Regierung Netanjahu in einen Weltenbrand*** | BERICHT von Anselm Lenz

**»Mehrere israelische Zeitungen haben am Sonntag über ein unveröffentlichtes Papier aus dem israelischen Geheimdienstministerium berichtet, das die ›Umsiedlung‹ der gesamten Bevölkerung des Gazastreifens in den Norden der ägyptischen Sinaihalbinsel vorsieht.« Das berichtete unter anderem die Tageszeitung junge Welt am Mittwoch. Laut dem Papier, das vom 13. Oktober datiert, soll die Vertreibung von rund 2,3 Millionen Palästinensern zunächst in »Zeltstädte« erfolgen.**

Für die »Umsiedlung« solle im ägyptischen Grenzland zu Gaza eine »sterile Zone« durchgesetzt werden. Kairo hatte die Aufnahme der angekündigten Vertreibung abgelehnt und die Grenzen geschlossen. Neben der favorisierten Variante sieht das Geheimdienstpapier die Option des Verbleibs in Gaza vor; entweder unter der Verwaltung der palästinensischen Autonomiebehörde in Ramallah, oder durch von Israel ausgewählte palästinensische Statthalter.

#### AUF TERRORANGRIFF FOLGEN GENOZID UND VERTREIBUNG?

Yoav Gallant, israelischer Verteidigungsminister, hatte vor Beginn der Bombardements des Gazastreifens am 8. Oktober bekanntgegeben: »Wir kämpfen gegen menschliche Tiere.« Gallant führte weiter aus: »Die IDF (israelische Verteidigungsstreitmacht; red.) werden sofort ihre ganze Kraft einsetzen, um die Fähigkeiten der Hamas zu zerstören. Wir werden sie vernichten und wir werden diesen dunklen Tag, den sie dem Staat Israel und seinen Bürgern aufgezwungen haben, gewaltsam rächen… Alle Orte, an denen die Hamas stationiert ist, sich versteckt und operiert, diese verruchte Stadt, werden wir in Schutt und Asche legen. Ich sage den Bewohnern von Gaza: Geht jetzt, denn wir werden überall mit Gewalt operieren.« Wasser, Strom, Treibstoff und Nahrungsmittelbelieferung wurden abgeschnitten, die Vertreibung aus Nord-Gaza durch Flugblattabwurf bekanntgegeben. In der Nacht von 8. auf 9. Oktober begann der umfassende Einsatz von Kampfflugzeugen, Helikoptern und Artillerie gegen Gaza, die seither fast durchweg und teils großflächig angreifen.

Fünfzig Jahre nach Beginn des Jom-Kippur-Krieges im Jahr 1973: Am Morgen des 7. Oktobers 2023 waren die Hamas-Organisation mit rund 1.000 Kämpfern auf 90 Kilometern Länge in der israelischen Grenzregion eingefallen, mordeten unter anderem auf einem Jugendmusikfest und nahmen Geiseln (DW berichtete). Die Regierung um Ministerpräsident Benjamin Netanjahu will nun mit Berufssoldaten und 300.000 mobilisierten Reservisten gegen die Zivilbevölkerung in Gaza vorgehen. Die angekündigte »Bodenoffensive« wurde aber mehrfach verschoben. Mit mehreren Ultimaten und fast permanenten Luftschlägen wird die Zivilbevölkerung zur Flucht in den Süden Gazas genötigt. Begrenzte Vorstöße der IDF in den Gaza-Streifen sollen seit 22. Oktober stattfinden.

#### »DIE KINDER VON GAZA HABEN SICH DAS SELBST EINGEBROCKT!«

Laut Meldungen wurde unter anderem das Flüchtlingslager Dschabaliya zweimal von Kampfjets bombardiert. Teile Gazas werden ganz offensichtlich nahezu ausgelöscht, zahllose Amateurvideos dokumentieren die Angriffe auf die Zivilbevölkerung. Nach palästinensischen Angaben sollen allein bis zum frühen Mittwochnachmittag 8.796 Zivilisten getötet worden sein. 3.648 von ihnen sind demnach Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren. Laut der Hilfsorganisation Unicef sollen mindestens 6.300 Kinder schwer verletzt oder getötet worden sein. Die Vereinten Nationen bestätigten die Vorgänge vor Ort sowie die Größenordnung der Getöteten.

Eine israelische Knesset-Abgeordnete soll laut mehrerer Übersetzer in einer Parlamentssitzung sichtlich überreizt ins Mikrofon gerufen haben, »die Kinder von Gaza haben sich das selbst eingebrockt!«. Israelische Regierungs- und Militärvertreter folgen der Linie, die Gallant ab 8. Oktober ausgegeben hatte. Die Todesopfer seien eben »die Tragödie des Krieges« und »wir sagen schon seit Tagen, zieht nach Süden«, so ein IDF-Sprecher gegenüber dem US-Medienkonzern CNN.

Menschenrechtsorganisationen, Friedenspolitiker und Demonstranten sprechen von einem »Völkermord« an den Palästinensern. Der Krieg der Regierung Netanjahus gegen Gaza löste die wahrscheinlich größte weltweite und gleichzeitige Demonstrationsbewegung der Menschheitsgeschichte aus mit teils Hunderttausdenden Teilnehmern, darunter in Metropolen wie Dallas, Casablanca, Rabat, London, Paris, Berlin, Barcelona und Hunderten weiteren. Der Organisation Hamas hatte der jahrzehntelange Bundestagsabgeordnete Greogor Gysi (Partei Die Linke) bereits vor zwanzig Jahren in einer Parlamentsdebatte attestiert, künstlich »vom israelischen Geheimdienst« geschaffen worden zu sein, um damit eine »Konkurrenz zur PLO« herzustellen. Wie bei der Entstehung von ISIS, der vom CIA aufgebaut worden sei, gerate solches »Herumspielen« außer Kontrolle. Derlei Vorgehensweisen müssten beendet werden. Es kursieren auch heute weltweit Gerüchte zur Entstehung und Durchführung des von vornherein völlig aussichtslosen Angriffs der 1.000 Hamas-Kämpfer am 7. Oktober und der Überwindung der massiven israelischen Grenzbefestigungen.

#### NETANJAHU MIT ERHEBLICHEN INNENPOLITISCHEN PROBLEMEN

Zuletzt hatte Natanjahu im eigenen Land massiv unter Druck gestanden. Riesige Demonstrationen und Auseinandesetzungen in den Straßen rissen nicht ab, »Revolution« stand in Tel Aviv im Raum. Vorgeworfen wurde der Regierung ein antidemokratischer Umbau des Rechtssystems. Zur Sprache kamen auch die verstümmelnden und teils tödlichen MRNA-Spritzen. Die israelische Widerstandsbewegung gegen die Corona-Lüge ist neben der kanadischen und der deutschen die aktivste weltweit.

Die umstrittene deutsche Innenministerin Nancy Fäser gab in einer Pressekonferenz am 2. November bekannt, dass sie die »Betätigung von Hamas und Samidoun Deutschland« verbiete und »hiermit auflöse«. Die Demonstrationen in Berlin seien »unerträglich«. Laut Fäser sei Samidoun eine »sogenannte Solidaritätsorganisation für Gefangene in verschiedenen Ländern«, hinter der sich »Propaganda«, »aggressives Demonstrationsverhalten«, »Angriffe auf Wohnhäuser von Jüdinnen und Juden« und ein »antisemitisches und menschenverachtendes Weltbild« verberge. Die Vorwürfe sind für DW kurzfristig nicht zu überprüfen, letzteres ist aber objektiv falsch. Auf semantischer Ebene sind auch Palästinenser Semiten. Die Terrororganisation Hamas verfolge laut Fäser das Ziel, »den Staat Israel zu vernichten«.

Unterdessen warnte sogar der umstrittene ehemalige US-Präsident Barack Obama davor, dass dieser Krieg das Verhältnis zu den Palästinensern und der arabischen Welt »über Generationen hin verhärten« werde, der Schuss könne »nach hinten losgehen«. Die Möglichkeit des Weltenbrands scheint einkalkuliert zu sein. Die israelische Regierung hatte zu Beginn verkündet, dass der bevorstehende Krieg »auf »50 oder 60 Jahre hinaus prägend« sein werde. Die Eskalationsgefahr in Richtung eines möglicherweise nuklearen Weltkrieges besteht in der Auseinandersetzung mit der Kampfpartei Hisballah im Süden Libanons sowie dem Iran. Die USA entsandten unterdessen zwei sFlugzeugträger vor die Küste Gazas. Deutsche Politiker insbesondere der CDU und der CSU wiederholten in gespenstisch wirkenden Stellungnahmen immer wieder ihre Bereitschaft, für den Staat Israel im Krieg sterben zu wollen. Mal wieder der übliche ganz persönliche Berliner Weltuntergang – oder ausgelebte Verschwörungstheorie?

#### NEUES DEUTSCHLAND STATT WELTUNTERGANG

Für deutsche demokratische Oppositionelle und die neue Friedens- und Demokratiebewegung seit 28. März 2020 ist es eine dezidierte Parteinahme nicht ganz einfach. Denn wenn es uns um den Frieden und den Schutz des menschlichen Lebens auf allen Seiten geht, ist festzustellen, dass wir den Nahostkonflikt nicht von Deutschland aus lösen können – und das auch nicht wollen sollten, weder durch eine völlig bedingungslose militärische »Solidarität«, noch durch Ausblendung des Fanatismus der anderen Seite. Unterdessen sind die durch die fanatischen Flächenangriffe auf Gaza ausgelösten Folgen so eindeutig, dass es kaum möglich ist, sich nicht augenblicklich an die Seite der Palästinenser zu stellen, wie es etwa der Hausfreund und zwischenzeitliche DW-Herausgeber Roger Waters und Tausende weitere Prominente weltweit tun.

Bleibt die Frage: Will die revolutionäre deutsche Demokratiebewegung wirklich die klassische Aufstellung »Moskau-Palästina-deutscher Widerstand« aufleben lassen, die die Spaltung manifestierte und den Kalten Krieg unter schlechteren Bedingungen wieder aufleben ließe? Geht es nicht vielmehr um eine echte und realistische, von mir aus gern eigenständig-christliche (vgl. #DW152) echte Friedensposition unserer Bewegung und damit unseres kommenden demokratischen Deutschlands nach Ende der niedergehenden BRD, Nato, EU, IWF und Weltbank, schlichtweg nach Ende der sich rasant abzeichnenden Ende der US-Herrschaft? Wir alle haben soviel mehr auf dem Kasten als nur immer wieder den Weltuntergang, mit dem wir seit bald vier Jahren täglich bedroht werden!

## MELDUNG

#### KLARE MEHRHEIT FÜR HUMANITÄRE WAFFENRUHE

New York/DW. Eine Resolution der Vereinten Nationen für eine humanitäre Waffenruhe im neuen Nahost-Krieg erhielt am 29. Oktober 2023 eine breite Zustimmung von zwei Dritteln: 120 Länder stimmten für sie, 14 Staaten stimmten dagegen, 45 Staaten enthielten sich, darunter auch Deutschland. Die Abstimmung hat lediglich Symbolwirkung. Der israelische Botschafter bei der UN, Gilad Erdan, reagierte auf den Wortlaut der Resolution und das Ergebnis der Abstimmung mit scharfen empörten Worten und mit symbolischen Taten. Bei einer Sitzung des Weltsicherheitsrates heftete er sich einen von den Nazis verwendeten Davidstern ans Revers, auf denen die Worte »Never Again« (dt. Nie wieder) abgedruckt waren. Auf diese politische Intervention meinten die Sender des deutschen öffentlich-rechtlichen-Rundfunks mit Zeigefinger reagieren zu müssen. »So darf der Israeli nicht mit unserem Holocaust umgehen«, war der Tenor der deutschen Medienbetriebe. In Deutschland werden Menschen, die ähnliche Formen des Protests gegen die deutsche Bundesregierung verwenden, der Volksverhetzung und der Verharmlosung des Holocaust angeklagt und verurteilt. Beobachter gehen davon aus, dass die Aktion des israelischen Botschafters in kommenden Gerichtsverfahren herangezogen werden wird. (hes)

#### FLUCHT UND VERTREIBUNG

Jerusalem/DW. Die israelische Regierung bestätigte am 31. Oktober die Existenz eines Dokuments des israelischen Geheimdienstes, in welchem die Umsiedlung der 2,3 Millionen Bewohner des Gazastreifens auf die ägyptische Sinai-Halbinsel vorgeschlagen wird. Dies berichtete die Zeitung The Times of Israel. Ob diese Strategie tatsächlich von der Regierung des Präsidenten Benjamin Netanjahus angewendet wird, ist mit dieser Bestätigung nicht bewiesen. Am 1. November 2023 öffnete Ägypten nach langen Widerständen die Grenzen zum Gaza-Streifen, um palästinensische Kriegsflüchtlinge in Sicherheit zu bringen. (hes)

#### IM GLEICHSCHRITT MIT DER NATO

Berlin/DW. Der Bundesverteidigungsminister Boris Pistorius (SPD) will das »Engagement« der Bundeswehr in der Welt verstärken. Die Europäer dürften »nicht stillsitzen«, wenn andere Krieg führen. Am 28. Oktober 2023 verlegte Pistorius mehr als 1.000 Soldaten auf die Mittelmeerinsel Zypern, um die deutsche »Reaktionsfähigkeit« im Nahost-Krieg zu erhöhen. Die Israelis benötigen nach eigenem Bekunden keine deutsche militärische Unterstützung, humanitäre Aktionen im Gazastreifen werden vom Welternährungswerk koordiniert. Was die deutschen Soldaten auf Zypern machen, bleibt bislang Pistorius Geheimnis. (hes)

**STICHWORT DW-AKADEMIE**

Anselm Lenz und der DW gründen eine Hochschule: Die Akademie für qualifizierte Verfassungsdemokratie, AquaVD. Kontakt für Unterstützer: akademie@demokratischerwiderstand.de oder per Post an den Unterstützerverein KDW e.V., Postfach 35 02 16, 10211 Berlin. Sie wollen mit Anselm Lenz bezüglich dem Hochschul- und Stiftungsvorhaben direkt in Kontakt treten? Schreiben Sie zunächst an veranstaltung@demokratischerwiderstand.de mit dem Betreff: »Lenz, wir bauen auf!«

# AN WELCHEM P STEHEN WIR?

Von Anselm

**Die neue Friedens- und Demokratiebewegung ist die größte überparteiliche Sammlungsbewegung in der deutschen Geschichte überhaupt. In ihrem Gefolge macht sich eine zunehmende Zahl von Berufspolitikern, besseren und schlechteren Anwälten, Glücksrittern und allerlei Verwurstern und Verkäufern breit. Das liegt in der Natur der Sache und war bei allen Bewegungen der Geschichte so.**




Seit dem 28. März 2020 geht die Demokratiebewegung mit dem Fünf-Punkte-Plan auf die Straße, hier in Berlin am 1. August 2022. Kurz darauf wurde vor dem Bundestag der Fünf-Punkte-Plan in einer Volksabstimmung angeno

Doch seit dem 28. März 2020 hat unsere Bewegung den Fünf-Punkte-Plan als Richtschnur. Dieser gibt Halt und ist Gradmesser in Zeiten, in denen es unübersichtlich wird. Wer geht eigentlich mit wem gemeinsam auf die Straße, wer hat schon wieder einen kongenialen Kommentar im Internet abgesetzt, wer lenkt nur ab, will wem ans Leder?

Nein dazu! Der überparteiliche Fünf-Punkte Plan wurde am 1. August 2022 durch Volksabstimmung vor dem Bundestag durch einhellige Akklamation angenommen. Hinter einen solchen historischen und echt-politschen Vorgang gibt es kein Zurück, jedenfalls nicht ohne entscheidenden Substanzverlust und die Rückkehr in die Simulation der politmedialen Kaste.

Jedenfalls: Die neue Friedens- und Demokratiebewegung hat von Beginn an positive und umsetzbare Ziele.

Wer lieber *Entertainment*, Brimborium oder Berufspolitikmoderation will, ist bei den Unterhaltungsangeboten im Netz vielleicht in der Tat besser aufgehoben, als bei einer solch grundlegend echt-politischen Angelegenheit wie einer Bewegung aus dem Volk mit insgesamt einer zweistelligen Millionenanzahl von Menschen. Der Fünf-Punkte-Plan, gewissermaßen die Bundeslade unserer Bewegung, lautet:

### DER FÜNF-PUNKTE-PLAN

**I.** Sofortiges Ende der Corona-Maßnahmen auch in Deutschland.

Anmerkung: Das Todesspritzenregime muss sofort beendet werden und auch in den Propaganda- und Konzernmedien die Einstellung der verheerenden mRNA-Spritzungen bekanntgegeben werden. Der Ausnahmezustand muss in der Folge schonungslos aufgearbeitet werden. Die neue Friedens- und Demokratiebewegung, die täglich und in allen Regionen unseres Landes auf die Straße geht, leistet schier Unglaubliches. Deshalb wird sie von den Propaganda- und Konzernmedien verfemt, verleumdet und vor allem Eines: verleugnet. Der wöchentliche Demonstrationskalender erscheint seit März 2020 auf NichtOhneUns.de. Die neue Friedens- und Demokratiebewegung mit diesem Punkt I einen historischen Erfolg erzielt. »Ich bin mir sicher: Ohne unseren Widerstand der letzten Jahre würde es heute bereits ganz anders aussehen«, so die Journalistin Milena Preradivic in der vergangenen 152. Ausgabe der Wochenzeitung Demokratischer Widerstand. »Sie hätten auf jeden Fall die Impfpflicht durchgesetzt. Fast jeder wäre durchgespritzt, die anderen würden womöglich in Lagern sitzen. Die Demokratie wäre schon deutlich mehr eingeschränkt und es würde keine freie Rechtsprechung mehr geben. Das zeigt: Es lohnt sich zu kämpfen.«

**II.** Wiedereinhaltung des Grundgesetzes, des Nürnberger Kodexes und des Menschenrechtes in Wortlaut und Sinn.

**Anmerkung:** Das Grundgesetz sichert die erreichten Mindeststandards politischer und gesellschaftlicher Vorgänge. Das BRD-Regime brach ab März 2020 systematisch und protegierte einen Rückfall in voraufgeklärte und neofeudalistische, mindestens strukturell faschistische Zustände durch einen kriminellen Ausnahmezustand. Ganz gleich, wie man zur Entstehungsgeschichte dieses Gesetzestextes nach 1945 steht: Das Grundgesetz existiert nur ohne Ausnahmezustände, es ist zur Verhinderung von Ausnahmezuständen geschrieben und in Kraft gesetzt worden; denn wenn es keine größeren Konflikte gibt, brauchen wir kein Gesetz, keine »Hausordnung«. Diese sind für Konflikt- und Grenzfälle da. Kein Krieg, kein Notstand, nichts rechtfertigt den Bruch mit der Verfassung; genau dies ist das Wesen demokratischer Verfassungstexte und war DIE bürgerliche Errungenschaft bei der Überwindung des Feudalismus. Wer die aufgibt, gibt die Aufklärung auf und fällt um Jahrhunderte in die Vergangenheit zurück. Das ist nicht nur ein Wort, sondern zeitigt sich bereits in Zensur, Lüge, Massenüberwachung, »Recht des Stärkeren«, Instrumentalisierung unserer Polizei und Institutionen für Milliardärsinteressen und vage Theorien, Niedergeschlagenen Demonstrationen, Gleichschaltung der Massenmedien, Zerstörung des Rechtsstaates, Getöteten Demonstranten, irren Geheim- und Geheimdienstaktionen und so weiter und so fort. Auf dem Weg zur Realisierung von Punkt II. Macht die neue Friedens- und Demokratiebewgung täglich Fortschritte.

**III.** Neuwahlen, Brechung des Parteienprivilegs, Imperatives Mandat.

Anmerkung: Der Rücktritt oder Absetzung der Regierung, der Aufbruch überkommener Machtstrukturen und die Einsetzung von Volksvertretern in eine National- und Verfassungsversammlung mit Abgesandten, die bei Verrat an den Interessen des Volkes auch zurückgeholt werden können – das ist seit jeher erste Forderung demokratischer Sammlungsbewegungen und reicht in unserem Fall bis zu den Demokraten der deutschen Revolution von 1830 und 1848/1849 zurück, sowie auf einen Wertekanon, der bis in die Literatur der Antike bezeugt ist, aber auch in jüngeren Bewegungen zum Tragen kam, etwa auch bei der Münchener Räterepublik und der Gründung der Weimarer Republik. In allen Fällen arbeiteten progressive und konservative Revolutionäre zusammen, weil es ansonsten zum Bürgerkrieg der Fraktionen untereinander kommt, wo es doch um Absetzung oder zumindest drastische Einhegung einer unhaltbar gewordenen Herrscherkaste in Politik und Wirtschaft geht. Genau darum geht es auch heute. Wer weniger will, hat tatsächlich die Möglichkeit, sich Pillendrehern, Gold- und Silberverkäufern, halbgaren Anwälten, alten Berufspolitikern des Ancien Régime und Bloggern anzuschließen und findet dort vielleicht Linderung des Leidensdrucks auf der Ebene der Gefühlswelt. Punkt III. ist jederzeit erreichbar, erfordert aber weitaus geschlosseneres und entschlosseneres Auftreten der neuen Friedens- und Demokratiebewegung.

**IV.** Volksentscheide über alle grundlegenden Angelegenheiten.

# UNKT

m Lenz





mmen. Foto:Georgi Belickin/DW

Wer gegen verbindliche Volksentscheide in grundlegenden Angelegenheiten agitiert, entblößt sich als Antidemokrat. Es ist das Wesen der Demokratie, dass das Volk der Souverän ist und letztlich die Entscheidungen trifft. In grundlegenden Fragen der Bündniszugehörigkeit (Nato ja oder nein?, bedingungslose militärische Solidarität für eines oder mehrere andere Länder ja oder nein?), in Fragen von Krieg und Frieden sowie der Kriegsbeteiligung jedweder Form (Ukraine-Belieferung mit Waffen ja oder nein?), der staatspolitischen Souveränität (EU als Zentralgewalt ja oder nein?), der Währung (Digitaler Euro statt D-Mark) und einigen weiteren grundlegenden Fragen MUSS das Volk in unmittelbar verbindlichen Volksentscheiden entscheiden, weil unsere Berufspolitiker solche Entscheidungen schlicht weg *NICHT OHNE UNS* treffen dürfen. Vor Punkt IV. hat die politmediale Kaste am meisten Angst, denn damit kehrt das Volk dahin zurück, wo es in einer Demokratie hingehört: Souverän als Volk im eigenen Land und mit dem eigenen Staat, der ihm dient. Es gibt Überlegungen, eigenständig Volksentscheide auszurufen, aber die Umsetzung mit Ankündigung und Wahlbüros in allen Wahlkreisen unseren Landes ist extrem aufwendig und teuer, zumal das Regime versuchen würde, die Umsetzung sehr wahrscheinlich zu verhindern durch neuerliche Instrumentalisierung unserer Polizei als Schläger-und Unterdrückertruppe gegen uns Menschen.

**V.** Verfassungserneuerung auf Basis des Grundgesetzes mit Wirtschafts- und Sozialcharta.

Anmerkung: Artikel 146 des Grundgesetzes sieht für den Fall des Anschlusses der DDR an die BRD eine seriöse basisdemokratische Verfassung aus dem Volk selbst vor. Das ist seit 33 Jahren der Graus der politmedialen Kaste, stellt eine Verfassungserneuerung doch die BRD mit all ihren ausgewucherten Pfründesystemen in Frage. Genau das aber ist das Wesen der Verfassungserneuerung aus dem Volk: Die alte Republik endet und das neue demokratische Deutschland steht als souveräne, pazifistische, freie und soziale Nation wieder auf. Hinzu kommt: Die russischen Besatzungstruppen und Einflussagenturen im DDR-Staat verließen 1994 Deutschland. US-amerikanische Besatzungstruppen und Einflussagenturen befinden sich aber nach wie vor in unserem Land, wo sie einfach nicht hingehören. »Ami go home« ist eine Forderung deutscher Demokraten aller Farben spätestens seit 1968 und Rudi Dutschke. Nach dem Austritt Englands aus der EU müsste man auch hinzufügen: »Tommy go home.« Die französisch-deutsche sowie die niederländisch-deutsche Freundschaft sind indes so intakt, dass ich für meinen Teil diese Forderung für diese Nachbarländer, mit denen es keine Interessenkonflikte gibt und die eine intensive Völkerfreundschaft verbindet, nicht stellen möchte. Das gilt allerdings mit Einschränkungen für alle Anrainerstaaten der BRD, auch für die Republik Polen. Unser neues Deutschland muss ein zutiefst friedlicher und mit allen Nachbarn und auch den dann ehemaligen Besatzungsmächten im Freundlichen verbundenes Land sein – oder es wird nicht sein. Wir treten eher für das Recht ein, nicht jeden Mist mitmachen zu müssen und nach 78 Jahren Besatzung und drei Generationen im Büßerhemd unsere Verfassung und damit unsere Angelegenheiten selber zu bestimmen.

Ich denke, dass damit auch viel gesagt ist zum generellen Verhältnis der neuen Friedens- und Demokratiebewegung hinsichtlich der Kriege uns doch ziemlich fremder Mächte: Wir können uns über die israelische Sonderoperation, den Rachefeldzug, den Expansionskrieg – oder wie auch immer man diese grauenhaften Vorgänge nennen will – gegen die palästinensische Zivilbevölkerung, der leider nur einer von mehreren in der Welt ist, zurecht aufregen und allerlei Appelle und Klageschriften absenden. Wir werden daran von deutschen Straßen und E-Mail-Postfächern aus aber nichts ändern, so traurig das für unsere vielen muslimischen und auch die vielen kritischen jüdischen Mitbürger ist. Was wir fordern können und können MÜSSEN, ist endlich unser aller christliches sowie bekenntnisfreies Deutschland hier und jetzt zurückzubekommen – und es wird anstrengend und kompromissbehaftet genug, uns einig zu werden. Ich komme zum Schluss zu aktuellen Entwicklungen, die unsere Bewegung beschäftigen: Was das neue Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW) angeht, so haben wir auf den Fragenkatalog des Kollegen Bastian Baruckers leider bis zur großzügig gesetzten Frist für unsere Presseanfrage keine Antwort bekommen. Die Fragen lauten:

1. Wie wollen Sie die Corona-Zeit aufarbeiten?
2. Was haben Sie daraus gelernt?
3. Wie stehen Sie zur Impflicht oder partieller Impfpflicht?
4. Wie stehen Sie zur Maskenpflicht bei Kindern?
5. Wie stehen Sie zur Gain-of-Function-Forschung mit Steuergeldern?

Das sind sehr milde Fragen zu diesem Komplex, der möglicherweise eines der grauenhaftesten Verbrechend der Menschheitsgeschichte beinhaltet – und uns alle auf die eine oder andere Art jeden Tag unserer Leben beschäftigen wird.

Insofern stellen sich mir gerade Fragen, inwiefern die neue Friedens- und Demokratiebewegung als überparteiliche Kraft gestärkt werden kann. Ist dafür eine Zuspitzung nötig? Oder kann es beim Sammlungscharakter bleiben? Müssen wir stärker die Hampelmänner- und -frauen aussortieren, die alles in einen Butterfahrtsverein umzuwandeln trachten, Pillen verkaufen wollen oder uns nur als Konsumenten ihrer Anwalts-, Parteiangebote und Kommentarkanäle benutzen möchten?

Ich bin mir sicher, dass unsere Quantität, unsere nachweislich, vergleichbar und messbar intellektuelle Überlegenheit und – ich möchte diesen Begriff gern einfach mal verwenden – seelische Haltbarkeit, ja, unsere Gewissheit, zum umfassenden Sieg des Fünf-Punkte-Planes führen wird. Unser Kampf führt zum Sieg! (1)

*(1) Anselm Lenz ist seit über zwei Jahrzehnten Journalist und Publizist. Er war fester Dramaturg u. a. am Deutschen Schauspielhaus in Hamburg, organisierte Das Kapitalismustribunal in Wien in vier Sprachen, wurde für den Nestroy-Preis nominiert, war fester Inlandsredakteur der Tageszeitung junge Welt, fester Freier der Tageszeitung Taz, der Tageszeitung Die Welt, publizierte Bücher im Passagen Verlag Wien, in der Edition Nautilus Hamburg und ist heute Entwickler und Chefredakteur der Wochenzeitung Demokratischer Widerstand sowie Lektor, Übersetzer und Leiter im Buchverlag Sodenkamp & Lenz Berlin. Ab Mitte März veröffentlichte er die Seite NichtOhneUns.de und am 28. März 2020 war er Mitgründer der neuen bundesweiten Friedens- und Demokratiebewegung.*



DW-Mann Anselm Lenz am 1. August 2022 in Berlin mit Zeitung und Grundgesetz. Foto:Georgi Belickin/DW

*Das Letzte – von Hendrik Sodenkamp*

**SEHR GEEHRTE DAMEN,
GUTEN TAG DIE HERREN,
LIEBE KINDER,**

die nächste Raktetenstufe ist gezündet und ein weiterer Krieg ist da. Das passt einigen anscheinend auch ganz gut, denn an der Ostfront waren und sind keine Geländegewinne mehr zu erwarten. Der von unseren Herrschern herbei beschworene Nato-Endsieg findet nicht statt. Nun gehen überall auf der Welt Millionen Menschen auf die Straße, um sich für eine Schlichtung des Krieges in Nahost stark zu machen. Und das jeden Tag. Die Zahlen, die uns die Propagandamedien hierzu eintrichtern wollen, sind wieder einmal schlicht gelogen.

Der Vernichtungswille der freidrehenden Hamastruppen, den man am 7. Oktober 2023 in unzähligen Snuff-Videos sehen konnte, ist schlicht pervers. Als Reaktion darauf dann Flüchtlingscamps zu bombardieren ebenfalls. Was ist nur mit diesen Leuten los? Also uns platzt da die Hutschnur, da findet man manchmal nicht die richtigen Worte.

Und damit kommen wir zu Markus Haintz: Wir veröffentlichten auf unserem Telegram-Kanal unter dem Eindruck dieser asozialen Gewalt einen unappetitlichen Post, den wir dann nach wenigen Minuten wieder herunternahmen. Sache erledigt, meinten wir. Doch der Maggus sieht das anders. Mit einem Bildschirmfoto des bereits gelöschten Beitrags will er uns nun verklagen. Und wir sind da nicht die Einzigen, denn anscheinend sieht er in Abmahnungen sein neues Geschäftsmodell. Der Markus verschickt Abmahnungen am laufenden Band. Wir werden darüber noch berichten, denn selbstverständlich sind nicht Regierungs- und Konzernfuzzis seine liebsten Ziele sondern Menschen aus der Demokratiebewegung, die dem Maggus nicht passen. Deshalb hier noch einmal die Warnung: Lassen Sie sich nicht mit Problemwichteln ein. Es gibt Schöneres und Besseres im Leben als Fanatismus.

Und mit diesem Begriff Fanatismus sind wir dann auch wieder bei der weltweit wuchernden Kriegsbegeisterung und Todessehnsucht: Die Demokratiebewegung, die seit dem 28. März 2020 überall in Deutschland auf die Straße geht, hat von Beginn an ein lebensbejahendes Programm, dass sich eindeutig für die Würde aller Menschen einsetzt. Und das wird sich auch nicht mit Telegrambeiträgen ändern. Dem suizidalen Gang ins Wasser der Weltenherrscher stellen wir Frieden, Freiheit und Selbstbestimmung entgegen – sowie Gewaltenteilung, Rechtsstaat und Wissenschaft. Wir Demokraten haben schlicht keine Lust auf Todesangst, Weltuntergangspanik und Mord. Deren System ist am Ende, unseres war es nie. Und nur, weil den US-Amerikanern der Finanzmarktkapitalismus abschwirrt, heißt das noch lange nicht, dass neue Wirtschaftsregeln mit massiven Lügen von oben herab aufoktroyiert werden können. Klar, schön dass die Neoliberale Epoche vorbei ist, aber Kriegswirtschaft à la WEF und Habeck klingt auch nicht sonderlich verlockend. Wer hat das eigentlich entschieden? Also wir Menschen auf jeden Fall nicht.

Der chinesische Fluch »Mögest Du in interessanten Zeiten leben«, wirkt also fort. Wir meinen, unsere Zeitung Demokratischer Widerstand ist ein wirksamer Gegenzauber gegen den mörderischen Wahn: der Zauber der europäischen Aufklärung. Wenn Sie das auch so sehen, unterstützen Sie uns.

Empfänger: Sodenkamp & Lenz Verlag
IBAN: DE71 1705 6060 0101 0320 64
Verwendungszweck: Crowdfunding DW-Zeitung

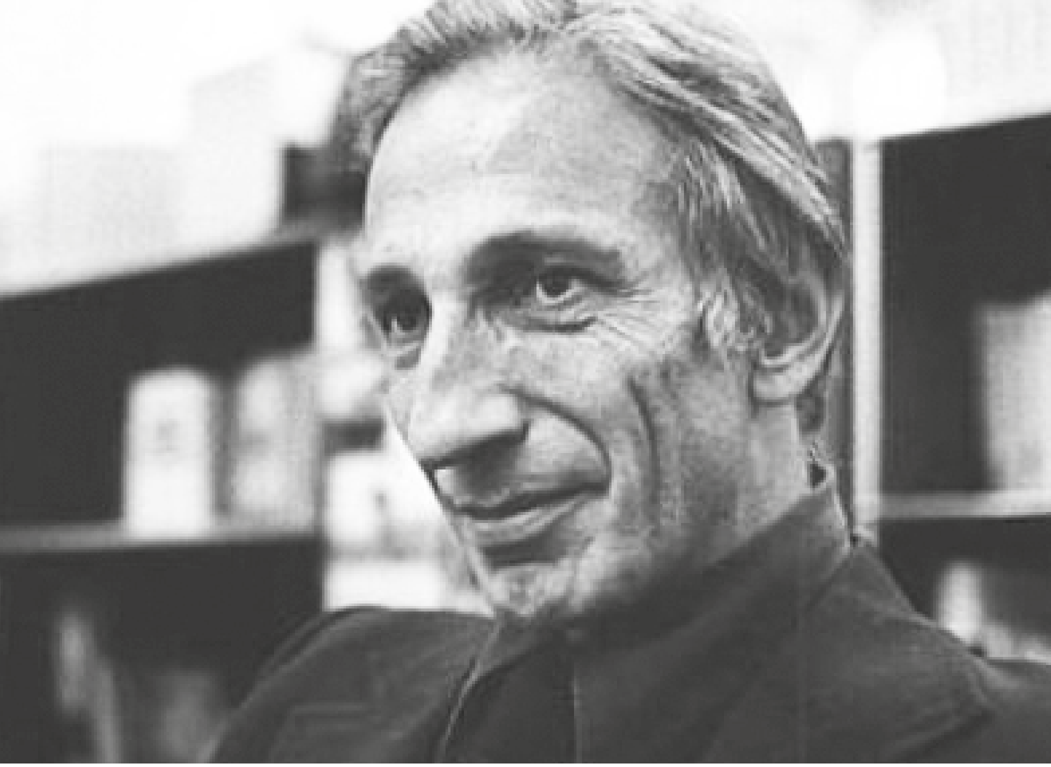
*Hochachtungsvoll demokratisch
Hendrik Sodenkamp, DW-Mit-Herausgeber*

# PANDEMIEN KOMMEN IMMER WIE GERUFEN

***Das Vorspiel der Coronainszenierung geht weiter zurück als bis zum berüchtigten Event 201***

Von Gerd und Renate Reuther

**Seit 700 Jahren gehören angefachte Seuchen oder deren Inszenierung zur europäischen Unkultur. Da Wohlstandsgesellschaften sehr resistent gegen Infektionswellen sind, waren offensichtlich die Zeiten des Wohlergehens kurz. So eine Erfolgsgeschichte war das alte Europa also nicht. Die letzten 70 Jahre haben uns dies vergessen lassen. Demokratische und pluralistische Gemeinwesen kennen wohl regionale Epidemien, aber keine pandemischen Ausnahmezustände. Virulente Krankheitserreger töten zu viele Menschen, um weit zu kommen. Harmlose Erreger beeinträchtigen nicht ganze Gemeinwesen.**



Die Analyse des Priesters und Medizinkritikers Ivan Illich aus den 1970er-Jahren wurde ab 2020 von der Realität bestätigt. Foto: Commons

### EIN GESCHICHTLICHER ÜBERBLICK

Seuchenkatastrophen kehrten in Europa erst mit dem Absolutheitsanspruch der katholischen Kirche im 14. Jahrhundert ein. Aus den Zeiten der Kelten und der sogenannten Völkerwanderung germanischer Stämme sind uns keine epidemischen Großereignisse bekannt. Krankheiten gedeihen in totalitären Systemen. Heinrich Heine (1797-1856) hatte das Christentum eine »Krankheitsreligion« genannt.

Tatsächlich gab es im 19. Jahrhundert, nachdem die Leibeigenschaft überall in Europa abgeschafft war, nur noch begrenzte Epidemien von Typhus, Cholera und den Pocken meist in einzelnen Städten. Bis zur Corona-Inszenierung fehlten trotz des Zweiten Weltkriegs Seuchen über 100 Jahre. Doch der austroamerikanische Philosoph und Priester Ivan Illich (1926-2002) sah in den 1970er Jahren wieder einen epidemischen Gesundheitsnotstand aufziehen, den er »Enteignung der Gesundheit« nannte. Das Treiben der Ärzte selbst sei zu »einer der am schnellsten um sich greifenden Epidemien« geworden.

Die Entstehung von immer mehr Großkliniken und explodierende Krankheitskosten zum Ende des 20. Jahrhunderts hätten eine Warnung sein müssen. Hatten doch die französischen Revolutionäre 1789 nicht nur Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit ausgerufen, sondern auch die Spitäler aufgelöst. Unter den gesunden Lebensbedingungen einer freien Republik wäre das Ende der Krankheiten gekommen. Freilich voreilig, wie die weitere Entwicklung zeigte, da man Hospitäler mindestens für die Kriegsverletzten benötigte. Aber der Zusammenhang von Freiheit und Gesundheit wurde schon damals verstanden.

Mit Covid-19 haben die Herrschenden zum Generalangriff auf offene Gesellschaften geblasen. Wie Ivan Illich vorausgesagt hatte, möchte eine »neue Elite wissenschaftlicher Kontrolleure, die ganze Welt wie eine Krankenstation regieren.« Dieser neue »medizinische Klerus entscheidet, was Krankheit ist, wer krank ist und was bei welcher Diagnose geschieht«, so Illich. Wenn wir es nicht schaffen die Medikalisierung des Lebens zu beenden, werden diese »Nebenfolgen angeblich friedlicher Bestrebungen dem Krieg an Zerstörungskraft den Rang ablaufen.«

### INTERVENTIONEN VERMEIDEN

Illichs Warnung war seiner Zeit zu weit voraus, um wirklich Gehör zu finden. Die Medikalisierung der Gesellschaft ist so weit fortgeschritten, dass medizinfreie Gesundheit für die Mehrheit der Menschen nicht mehr zum Wohlbefinden gehört. Das Recht auf Krankschreibung und –schreibung dank Lohnfortzahlungsanspruch und Krankengeld hat die Freiheit gekostet, die aus natürlicher Gesundheit erwächst. Die Falle ist zugeschnappt.

So abwegig es vielen erscheinen mag: einen Ausweg aus der neuen Unfreiheit wird es nur geben, wenn eine Mehrheit die epidemische Übertherapie aufkündigt. Niemand muss – wie derzeit statistischer Durchschnitt – zehnmal pro Jahr einen Arzt konsultieren. 1975 schrieb Illich prophetisch: »Ich behaupte, dass der Laie und nicht der Arzt potenziell den Überblick und tatsächlich die Macht besitzt, der heutigen iatrogenen (dt. ärztlich verursachten) Epidemie ein Ende zu setzen. Eine Welt der optimalen, allgemeinen Gesundheit ist offenbar eine Welt der minimalen und nur gelegentlichen medizinischen Intervention.«

Seit Gründung medizinischer Fakultäten vor etwa 800 Jahren war die akademische Medizin der verlängerte Arm autoritärer Obrigkeiten. Im Gegensatz zu den Gesundheitshandwerkern, die als Barbiere, Bader und Kräuterkundige ihre Dienste anboten, forderte die akademische Medizin immer Gehorsam und Unterordnung von ihren Patienten ein. Nach jahrhundertelangem Spott über die gefährlichen diagnostischen und therapeutischen Albernheiten akademischer Ärzte ist der Würgegriff der pharmazeutischen Krankheitsmedizin zur Überlebensfrage geworden. Die als»Schutzimpfungen« getarnten Giftspritzen sollten jede Illusion einer heilsamen Medizin geraubt haben.

### EINE FRAGE DER DEFINITION

Eine neue Pandemie wird kommen, weil Angst und Ausnahmezustand gebraucht werden. Das zugehörige Planspiel ging bereits über die Bühne. Die notwendigen Krankheitssymptome lassen sich auch durch Gifte erzeugen, werden aber Viren in die Schuhe geschoben. Lassen Sie sich nicht von Virolügnern täuschen: Gifte in Luft, Wasser und Nahrung werden nicht mehr als Krankheitsursachen ermittelt. Impfschäden nennt man Long-Covid. Wer bei Temperaturen über 20 Grad Celsius stirbt, wird zum sogenannten Hitzetoten. Lähmungen durch Pestizide oder Schwermetalle können zur Polio erklärt werden. Kein Zufall, dass immer weniger Obduktionen erfolgen und auch dann die wahren Todesursachen ungenannt bleiben.

Autoritäre Medizin wird gebraucht wie die Pandemieszenarien; denn Angst und Ausnahmezustand sind die obligaten Begleiter von Kontrolle und Überwachung. Angst ist die Basis, dass Menschen bereit sind, Geschäfte zu ihren Lasten zu tolerieren. Nur im Panikmodus lassen sich die geblähten Segel einer Wohlstandsgesellschaft einholen, um als vermeintlicher Schutz vor einem herbeiphantasierten Sturm die gewünschte Flaute zu erzeugen. Wer wie die WHO »Gesundheitsnotfälle« heraufbeschwört und zu »Gesundheitssicherheit« verpflichten will, plant das Ende selbstbestimmter Menschen mit medizinischen Mitteln.

Dr. med. Gerd Reuther ist Facharzt für Radiologie, Medizinaufklärer und kritischer Medizinhistoriker. Zuletzt erschien von ihm 2023 »Hauptsache Panik – Ein neuer Blick auf Pandemien in Europa«.

Dr. phil. Renate Reuther ist promovierte Historikerin. Sie veröffentlichte zahlreiche Bücher zur Kulturgeschichte.



## *Hin Da!* KULTURKALENDER

05.11.20223 • Köln; Hinterhofsalon, Aachenerstr. 68, 50674 Köln • MUSIK-TANZ • »De Paris à Madrid« Christian Füllgraf und Teresa Andrich begleiten den Flamencotänzer Tomás Zybura an der Gitarre • 17:00 Uhr - 20:00 Uhr • Tickets: 15€-22€ unter krasser.guru

06.11.2023 • Saarbrücken; Congress Centrum Saar, Congresshalle, Hafenstr. 5, 66111 Saarbrücken • VORTRAG • »Warum ist der Ukraine-Krieg ausgebrochen?« von Dr.Daniele Ganser • 20:00 Uhr – 22:30 Uhr, Einlass ab 19:00 Uhr • Tickets ab 32,40 € unter 0682 4180181 oder eventim.de

07.11.2023 • Koblenz; Rhein-Mosel-Halle, Julius-Wegeler-Str. 4, 56068 Koblenz • VORTRAG • »Warum ist der Ukraine-Krieg ausgebrochen?« von Dr. Daniele Ganser • 20:00 Uhr – 22:30 Uhr, Einlass ab 19:00 Uhr • Tickets 32,40€ unter eventim.de

07./08./09.11.2023 • Dresden; Stromwerk, Kulturarena im Kraftwerk Mitte 28, 01067 Dresden • FAIR TALK • »Auf Augenhöhe« Thema und Gäste werden noch bekannt gegeben • 19:30 Uhr - 22:30 Uhr • Tickets:25€ unter krasser.guru

08.11.2023 • Hagen; Dogan-Arena, Hochofenstr. 24, 58135 Hagen • VORTRAG • »Warum ist der Ukraine-Krieg ausgebrochen?« von Dr. Daniele Ganser • 20:00 Uhr – 22:30 Uhr, Einlass ab 19:00 Uhr • Tickets 32,40€ unter eventim.de

09.11.2023 • Berlin; Al Hamra, Raumerstr. 16, 10437 Berlin • LESUNG • von Daniela Dahn • Infos unter kulturkreis-pankow.de

10.11.2023 • Bobritzsch; Goldener Löwe, am Goldenen Löwen 5, 09627 Bobritzsch • KONZERT • »Für eine handvoll D-Mark« von Yann Song King und Estéban Cortez • Einlass 18:00 Uhr, Beginn 20:00 Uhr • Tickets an der Abendkasse, Voranmeldung: info@freibergerforum.de

10.11.2023 • Guteneck; Schloss Guteneck, Schlossberg 10, 92543 Guteneck • BILDUNG • »Too Cool For School« Visionäres Bildungsevent der freien Bildungsbewegung Out of Bavaria • 10:00 Uhr – 19:00 Uhr • Tickets ab 60€ unter krasser.guru

16.11.2023 • Riesa; WT Energiesysteme Arena, Am Sportzentrum 5, 01589 Riesa • VORTRAG • »Warum ist der Ukraine-Krieg ausgebrochen?« von Dr. Daniele Ganser • 20:00 Uhr – 22:30 Uhr, Einlass ab 19:00 Uhr • Tickets 32,40€ unter eventim.de

20.11.2023 • Wasserburg/ Inn; genauer Ort wird noch bekannt gegeben • VORTRAG • »Krisen-Tsunami« von Ernst Wolff • 19:00 Uhr • Tickets: 27€ unter krasser.guru

23.-25.11.2023 • Berlin; Xelor Kesselhaus, Mittelbuschweg 10, 12055 Berlin • KONGRESS • »Neue Normalität«, Kongress der Neuen Gesellschaft für Psychologie u.a. mit Prof. Klaus-Jürgen Bruder, Uli Gellermann, Werner Meixner, Hannes Hofbauer und Almuth-Bruder Bezzel • tagsüber • Tickets und weitere Informationen über die Internetseite ngfp.de

25.-26.11.2023 • Köln; genauer Ort wird noch bekannt gegeben • KONFERENZ • »Frieden ohne Nato« zwei Tage mit Michael Ballweg, Blue Flower, Wolfgang Effenberger, Klaus Hartmann, Sabiene Jahn, Dr. Ansgar Klein, Ralf Ludwig u.v.m. • Tickets: Samstag 35€, Sonntag 25€, beide Tage 50€ unter krasser.guru

09.12.2023 • Bad Hersfeld; genauer Ort wird noch bekannt gegeben • VORTRAG • »Alarmstufe rot für den Mittelstand; im Fadenkreuz von Inflation,Krieg und KI« von Ernst Wolff • 19:00 Uhr - 21:00 Uhr • Tickets: 27€ unter krasser.guru

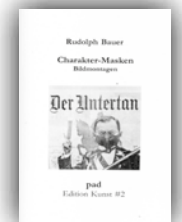
10.12.2023 • Koblenz; Hotel Mercure, Julius-Wegeler-Str. 6, 56068 Koblenz • VORTRAG • »Das 1x1 des Staatsterrors« von Ullrich Mies • 18:00 Uhr – 21:00 Uhr • Tickets: ab 25€ unter krasser.guru

12.12.2023 • Hamburg; Rudolph-Steiner-Haus, Mittelweg 11, 20148 Hamburg • VORTRAG • »Wie wollen wir in Zukunft miteinander leben?« ein Abend mit Jens Lehrich+19:30 Uhr, Einlass ab 18:30 Uhr+Tickets: 25€ unter krasser.guru

Wenn wir Ihre Veranstaltung ankündigen sollen, schreiben Sie eine E-mail an *veranstaltung@demokratischerwiderstand.de* Aktuelle Hinweise gibt es im Newsletter über *https://nichtohneuns.de*

## DW-EMPFEHLUNGSLISTE

Diese Bücher sind im freien Handel erhältlich.
Neue Rezensionsexemplare bitte schicken an
DW/KDW | Postfach 35 02 16 | 10211 Berlin



CHARAKTER-MASKEN
Bildmontagen
Rudolph Bauer

Pad-Verlag, bestellbar auf
demokratischerwiderstand.de



DAS KONSPIRATIONISTISCHE MANIFEST.
Anonym
Sodenkamp & Lenz Verlagshaus
ISBN: 978-3-9822745-9-1

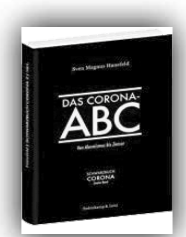


CHRONIK EINER ABRECHNUNG.

Flo Osrainik
Sodenkamp & Lenz Verlagshaus
ISBN: 978-3-9822745-7-7



DIE CORONA-LITANEI –
Gedichte gegen die verordnete Verödung des Lebens
Dr. Werner Köhne
Sodenkamp & Lenz Verlagshaus
ISBN: 978-3-9822745-8-4



DAS CORONA-ABC:
Von Alarmismus bis Zensur
Schwarzbuch Corona Band II
Sven Magnus Hanefeld
Sodenkamp & Lenz Verlagshaus
ISBN: 978-3-9822745-6-0



CORONA. INSZENIERUNG EINER KRISE.
Prof. Klaus-Jürgen Bruder,
Prof. Almuth-Bruder Bezzel,
Dr. Jürgen Günther (Hgg.)
Sodenkamp & Lenz Verlagshaus
ISBN: 978-3-9822745-5-3



WIE KONNTE ES NUR SO WEIT KOMMEN?

Gunner Kaiser (Hg)
Sodenkamp & Lenz Verlagshaus
ISBN: 978-3-9822745-3-9



SCHWARZBUCH CORONA.
Erster Band. Die Erkenntnisse des Corona-Ausschusses
Uli Gellermann, Tamara Ganjalyan (Hgg.), Sodenkamp & Lenz Verlagshaus,
ISBN: 978-3-9822745-1-5



JAHRES-CHRONIK DER DEMOKRATIEBEWEGUNG 2020/21
Redaktion: Casey Koneth mit Beiträgen von u.a. Beate Bahner, Robert F. Kennedy Jr., Daniele Ganser, Prof. Giorgio Agamben
Sodenkamp & Lenz Verlagshaus
ISBN: 978-3-9822745-2-2



JAHRES-CHRONIK DER DEMOKRATIEBEWEGUNG 2021/22
Redaktion: Casey Koneth mit Beiträgen u.a. von Nina Adlon, Prof. Hans-Jürgen Bandelt, Ken Jebsen Milosz Matuschek
Sodenkamp & Lenz Verlagshaus
ISBN: 978-3-9822745-4-6



# DER VIERTE STAND

### KOLUMNE MEDIEN

*Von Prof. Michael Meyen*

**»Funktion der vierten Gewalt« heißt das Thema, über das ich heute in München beim »Congress der klaren Worte« spreche. DW-Abonnenten bekommen den Kern vorab, wenn sie diese Zeitung zum Frühstück lesen.**

»Realistische Einschätzung von Soll und Ist« haben mir die Organisatoren als Untertitel ins Programm geschrieben. Zuerst dachte ich: Was soll das? Wir wissen doch, dass das Gerede von einer »vierten Gewalt« genauso Propaganda ist wie die Behauptung, der Journalismus sei objektiv, neutral und unabhängig. Beide Märchen haben den gleichen Zweck: Sie verschleiern, dass die Leitmedien Teil des Machtblocks sind.

Diese »vierte Gewalt« liegt mit den anderen drei Gewalten und ihren Sponsoren unter einer Decke. Wer da an Kritik und Kontrolle glaubt, der wartet in ein paar Wochen vermutlich auch auf Christkind und Weihnachtsmann.

Ich werde in München zeigen, wie die Verleger und ihre Lobbyisten nach dem Zweiten Weltkrieg den Gedanken gestreut haben, die großen Zeitungen wären so etwas wie ein Gegenspieler der Macht. Um das zu schlucken, muss man zwei Behauptungen akzeptieren: Die Presse ist frei. Und öffentlich sprechen sollten vor allem die Eliten. DW-Leser wissen, dass das eine nicht stimmt und das andere ins Unglück führt. Precht und Welzer wussten das nicht, als sie ihren Bestseller »Die vierte Gewalt« schrieben. Dort wird alle paar Seiten laut gerufen, dass Einflüsse der Regierung völlig ausgeschlossen seien.

Mein Vortrag endet trotzdem optimistisch. Es gibt eine zweite Deutung, die mit dem Konzept einer »vierten Gewalt« verbunden ist. In Kurzform: vierter Stand. Wir alle. Die Leitmedien sind da nur ein Mitspieler unter vielen und auch nur dann relevant, wenn sie tatsächlich allen ein Forum bieten. Vierte Gewalt heißt dann: Meinungsbildung jenseits von Parlamenten, Apparaten, Gerichten. Meinungsbildung auf der Straße, an Stammtischen, beim »Congress der klaren Worte« und natürlich über die vielen Kanäle, die nicht dem Digitalkonzernstaat gehören. Auch diese Zeitung ist dann ein Teil der »vierten Gewalt«. Wenn ich all das mit dem vergleiche, was es vor vier Jahren gab, dann kann ich beim »Ist« einen grünen Haken machen, der von Tag zu Tag stärker leuchtet.

Michael Meyen, geboren 1967 auf Rügen, ist Diplom-Journalist und Professor für Kommunikationswissenschaft in München.



# FALSCHE PROPHETEN

### KOLUMNE CHRISTEN IM WIDERSTAND

*Von Michael Schuch*

**Die Liste seiner Missetaten war lang. Kein Wunder, hatte er doch in den zurückliegenden 20 Jahren seiner Herrschaft Sünde auf Sünde aufgehäuft. Nun wollte Ahab, König über Israel, unbedingt gegen die Syrer in den Krieg ziehen. Doch sein Bündnispartner Josaphat, der König von Juda, setzte durch, dass man zuvor Gott befragte. Die Antwort von Ahabs Hof-Propheten war wenig überraschend gleichlautend: im Namen Gottes wäre der Sieg gewiss — »so spricht der Herr«.**

Aber Josaphat merkt, dass vor ihm eine Horde von Heuchlern steht: »Ist hier kein Prophet des Herrn mehr, den wir fragen könnten?« (1. Könige 22,7). Ahabs Antwort: Da gibt es noch einen, aber den hasse ich, weil er mir immer nur Böses weissagt. Trotzdem wird Micha, so der Name des Abweichlers, herbeizitiert. Weil er nicht in den Chor der 400 (!) korrumpierten »Gottesmänner« einstimmt, sondern eine militärische Niederlage und Ahabs Tod voraussagt, landet er im Gefängnis. Doch am Ende behält er Recht — es ist, wie so oft, der *Mainstream*, der sich als Lüge entpuppt. Heute wie damals ist die Zahl der falschen Propheten überwältigend groß. Und heute wie damals erfüllen diese genau den Zweck, wofür sie bestimmt sind: den Herrschenden nach dem Mund zu reden und ihre bösen Vorhaben in ein gutes Licht zu rücken, ja, ihr verbrecherisches Tun wie eine Wohltat aussehen zu lassen (Lukas 22,25). Die Folgen sind unendliches Leid, das skrupellose Herrscher und ihre bezahlten Claqueure zu verantworten haben.

Wir tun gut daran, diesem unwürdigen Spektakel nicht all zu viel Aufmerksamkeit zu widmen. Anderenfalls geraten wir leicht in ein sich immer schneller drehendes Panikkarussell. Dann ist die Versuchung groß, unseren Frust und unsere Empörung im Vehikel der Lügenbotschaften durch die sozialen Kanäle zu schicken. Hören wir auf damit! Was wir *posten*, sollte andere ermutigen – »durch den Trost, mit dem wir selbst von Gott getröstet werden« (2. Korinther 1,4).

Wie kann uns das gelingen? Als Christen sind wir überzeugt davon, dass der Allerhöchste den Lauf der Geschichte bestimmt. Im vertrauten Umgang mit Gott überwinden wir nicht nur unsere Zukunftsangst, sondern erlangen auch Gewissheit über seine Vorhaben (Psalm 25,14; Amos 3,7). Dann stehen wir fest wie Micha, bereit, die Wahrheit zu reden, koste es, was es wolle. Denn Gott lässt die Ahabs dieser Welt, für die es in ihrer gottlosen Hybris keine roten Linien gibt, nicht ohne eine letzte Warnung ins Verderben laufen.

*Der Autor ist SAP-Berater und wohnt im Landkreis Schwäbisch Hall. Er kann über die Mailadresse anti.pas@gmx.de angeschrieben werden.*



# SPORT MIT BERTHOLD

### INJEKTIONSFOLGEN UND PALÄSTINA-SOLIDARITÄT

**Der unter anderem durch den VfL Wolfsburg und Eintracht Frankfurt bekannte niederländische Profifußballer Bas Dost brach am Sonntag, 29. Oktober, auf dem Fußballplatz zusammen. Das Eredivisie-Spiel seines Klubs NEC Nijmegen beim AZ Alkmaar wurde abgebrochen, ein Schockgeber gegen Herzstillstände zum Einsatz gebracht, Dost reanimiert. Eine Diagnose wurde vom NEC nicht bekanntgegeben.**

Zu meiner Zeit gab es nie vergleichbare Fälle. Es vergeht ja kein Wochenende ohne derartige Vorkommnisse auf den Sportplätzen. Aus den Amateurligen findet dazu gar keine Berichterstattung statt. Warum auch? Der *Mainstream* hat daran kein Interesse und die Zusammenhänge werden bewusst verschleiert.

Ich kann nur hoffen, dass die Angehörigen sich nicht mit billigen Erklärungen abspeisen lassen, sondern auf eine lückenlose Aufarbeitung bestehen. Es ist unbestritten, dass die mRNA-Injektionen sich schädlich auf den Herzmuskel auswirken. Anscheinend wird versucht, diese »Impfstoffe« in Betäubungsmittel jeglicher Art unterzumischen.

#### SPIELER PRO PALÄSTINA

Aus aktuellen Anlass möchte ich noch etwas zum Fall des Mainzer Spielers Anwar El Ghazi sagen, der von seinem Club abgemahnt wurde. Hintergrund war ein Post zum Israel-Palästina-Konflikt. Sympathiekundgebungen pro Palästina werden sanktioniert. Wie wäre es im umgekehrten Fall gewesen? Wie sieht es mit der Meinungsfreiheit in Deutschland aus!

Seit 1967 marschiert Israel in Palästina ein, was sind internationale Konventionen, Abkommen und das menschliche Maß eigentlich wert? Meiner Meinung nach nichts, wenn die Welt nur zuschaut und nichts Grundlegendes passiert.

Die Hamas wurde vom Mossad & CIA gegründet, das dürfte mittlerweile unstrittig sein. Wieso wurde bisher nie hinterfragt, wie angeblich 400 Hamas Kämpfer die israelische Grenze unbeschadet überschritten haben – die wahrscheinlich am besten gesicherte und bewachte Grenze auf diesem Planeten inklusive Mauer.

Julian Assange hat einiges dazu ans Tageslicht gebracht, er sitzt dafür seit über vier Jahren in einem Hochsicherheitsgefängnis. Mit 9/11 hat alles angefangen, die mediale Manipulation, Überwachung und Kontrolle, Feindbilder und Spaltung der Gesellschaft. Der Fußball hat die Kraft, die Welt zu vereinen statt zu spalten. Dazu braucht es aber mutige Funktionäre!

Thomas Berthold ist unter anderem Fußballweltmeister 1990 und Sportchef dieser Zeitung.

# Grundgesetz

***Die ersten 20 Artikel unserer Verfassung. Das Grundgesetz steht über der Regierung. Wenn eine Regierung die Verfassung bricht, haben die Menschen das Recht zum Widerstand. Artikel 1 und Artikel 20 sind zusätzlich durch die Ewigkeitsklausel geschützt. Unsere unabschaffbaren Grundrechte:***

**Artikel 1**
**(1) Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.**
**(2) Das Deutsche Volk bekennt sich darum zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt.**
**(3) Die nachfolgenden Grundrechte binden Gesetzgebung, vollziehende Gewalt und Rechtsprechung als unmittelbar geltendes Recht.**

**Artikel 2**
(1) Jeder hat das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit, soweit er nicht die Rechte anderer verletzt und nicht gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder das Sittengesetz verstößt.
(2) Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit. Die Freiheit der Person ist unverletzlich. In diese Rechte darf nur auf Grund eines Gesetzes eingegriffen werden.

**Artikel 3**
(1) Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.
(2) Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.
(3) Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.

**Artikel 4**
(1) Die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses sind unverletzlich.
(2) Die ungestörte Religionsausübung wird gewährleistet.
(3) Niemand darf gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden. Das Nähere regelt ein Bundesgesetz.

**Artikel 5**
(1) Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt.
(2) Diese Rechte finden ihre Schranken in den Vorschriften der allgemeinen Gesetze, den gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der Jugend und in dem Recht der persönlichen Ehre.
(3) Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei. Die Freiheit der Lehre entbindet nicht von der Treue zur Verfassung.

**Artikel 6**
(1) Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutze der staatlichen Ordnung.
(2) Pflege und Erziehung der Kinder sind das natürliche Recht der Eltern und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht. Über ihre Betätigung wacht die staatliche Gemeinschaft.
(3) Gegen den Willen der Erziehungsberechtigten dürfen Kinder nur auf Grund eines Gesetzes von der Familie getrennt werden, wenn die Erziehungsberechtigten versagen oder wenn die Kinder aus anderen Gründen zu verwahrlosen drohen.
(4) Jede Mutter hat Anspruch auf den Schutz und die Fürsorge der Gemeinschaft.
(5) Den unehelichen Kindern sind durch die Gesetzgebung die gleichen Bedingungen für ihre leibliche und seelische Entwicklung und ihre Stellung in der Gesellschaft zu schaffen wie den ehelichen Kindern.

**Artikel 7**
(1) Das gesamte Schulwesen steht unter der Aufsicht des Staates.
(2) Die Erziehungsberechtigten haben das Recht, über die Teilnahme des Kindes am Religionsunterricht zu bestimmen.
(3) Der Religionsunterricht ist in den öffentlichen Schulen mit Ausnahme der bekenntnisfreien Schulen ordentliches Lehrfach. Unbeschadet des staatlichen Aufsichtsrechtes wird der Religionsunterricht in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Religionsgemeinschaften erteilt. Kein Lehrer darf gegen seinen Willen verpflichtet werden, Religionsunterricht zu erteilen.
(4) Das Recht zur Errichtung von privaten Schulen wird gewährleistet. Private Schulen als Ersatz für öffentliche Schulen bedürfen der Genehmigung des Staates und unterstehen den Landesgesetzen. Die Genehmigung ist zu erteilen, wenn die privaten Schulen in ihren Lehrzielen und Einrichtungen sowie in der wissenschaftlichen Ausbildung ihrer Lehrkräfte nicht hinter den öffentlichen Schulen zurückstehen und eine Sonderung der Schüler nach den Besitzverhältnissen der Eltern nicht gefördert wird. Die Genehmigung ist zu versagen, wenn die wirtschaftliche und rechtliche Stellung der Lehrkräfte nicht genügend gesichert ist.
(5) Eine private Volksschule ist nur zuzulassen, wenn die Unterrichtsverwaltung ein besonderes pädagogisches Interesse anerkennt oder, auf Antrag von Erziehungsberechtigten, wenn sie als Gemeinschaftsschule, als Bekenntnis- oder Weltanschauungsschule errichtet werden soll und eine öffentliche Volksschule dieser Art in der Gemeinde nicht besteht.
(6) Vorschulen bleiben aufgehoben.

**Artikel 8**
(1) Alle Deutschen haben das Recht, sich ohne Anmeldung oder Erlaubnis friedlich und ohne Waffen zu versammeln.
(2) Für Versammlungen unter freiem Himmel kann dieses Recht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes beschränkt werden.

**Artikel 9**
(1) Alle Deutschen haben das Recht, Vereine und Gesellschaften zu bilden.
(2) Vereinigungen, deren Zwecke oder deren Tätigkeit den Strafgesetzen zuwiderlaufen oder die sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder gegen den Gedanken der Völkerverständigung richten, sind verboten.
(3) Das Recht, zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen Vereinigungen zu bilden, ist für jedermann und für alle Berufe gewährleistet. Abreden, die dieses Recht einschränken oder zu behindern suchen, sind nichtig, hierauf gerichtete Maßnahmen sind rechtswidrig. Maßnahmen nach den Artikeln 12a, 35 Abs. 2 und 3, Artikel 87a Abs. 4 und Artikel 91 dürfen sich nicht gegen Arbeitskämpfe richten, die zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen von Vereinigungen im Sinne des Satzes 1 geführt werden.

**Artikel 10**
(1) Das Briefgeheimnis sowie das Post- und Fernmeldegeheimnis sind unverletzlich.
(2) Beschränkungen dürfen nur auf Grund eines Gesetzes angeordnet werden. Dient die Beschränkung dem Schutze der freiheitlichen demokratischen Grundordnung oder des Bestandes oder der Sicherung des Bundes oder eines Landes, so kann das Gesetz bestimmen, daß sie dem Betroffenen nicht mitgeteilt wird und daß an die Stelle des Rechtsweges die Nachprüfung durch von der Volksvertretung bestellte Organe und Hilfsorgane tritt.

**Artikel 11**
(1) Alle Deutschen genießen Freizügigkeit im ganzen Bundesgebiet.
(2) Dieses Recht darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes und nur für die Fälle eingeschränkt werden, in denen eine ausreichende Lebensgrundlage nicht vorhanden ist und der Allgemeinheit daraus besondere Lasten entstehen würden oder in denen es zur Abwehr einer drohenden Gefahr für den Bestand oder die freiheitliche demokratische Grundordnung des Bundes oder eines Landes, zur Bekämpfung von Seuchengefahr, Naturkatastrophen oder besonders schweren Unglücksfällen, zum Schutze der Jugend vor Verwahrlosung oder um strafbaren Handlungen vorzubeugen, erforderlich ist.

**Artikel 12**
(1) Alle Deutschen haben das Recht, Beruf, Arbeitsplatz und Ausbildungsstätte frei zu wählen. Die Berufsausübung kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes geregelt werden.
(2) Niemand darf zu einer bestimmten Arbeit gezwungen werden, außer im Rahmen einer herkömmlichen allgemeinen, für alle gleichen öffentlichen Dienstleistungspflicht.
(3) Zwangsarbeit ist nur bei einer gerichtlich angeordneten Freiheitsentziehung zulässig.

**Artikel 12a**
(1) Männer können vom vollendeten achtzehnten Lebensjahr an zum Dienst in den Streitkräften, im Bundesgrenzschutz oder in einem Zivilschutzverband verpflichtet werden.
(2) Wer aus Gewissensgründen den Kriegsdienst mit der Waffe verweigert, kann zu einem Ersatzdienst verpflichtet werden. Die Dauer des Ersatzdienstes darf die Dauer des Wehrdienstes nicht übersteigen. Das Nähere regelt ein Gesetz, das die Freiheit der Gewissensentscheidung nicht beeinträchtigen darf und auch eine Möglichkeit des Ersatzdienstes vorsehen muß, die in keinem Zusammenhang mit den Verbänden der Streitkräfte und des Bundesgrenzschutzes steht.
(3) Wehrpflichtige, die nicht zu einem Dienst nach Absatz 1 oder 2 herangezogen sind, können im Verteidigungsfalle durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes zu zivilen Dienstleistungen für Zwecke der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung in Arbeitsverhältnisse verpflichtet werden; Verpflichtungen in öffentlich-rechtliche Dienstverhältnisse sind nur zur Wahrnehmung polizeilicher Aufgaben oder solcher hoheitlichen Aufgaben der öffentlichen Verwaltung, die nur in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis erfüllt werden können, zulässig. Arbeitsverhältnisse nach Satz 1 können bei den Streitkräften, im Bereich ihrer Versorgung sowie bei der öffentlichen Verwaltung begründet werden; Verpflichtungen in Arbeitsverhältnisse im Bereiche der Versorgung der Zivilbevölkerung sind nur zulässig, um ihren lebensnotwendigen Bedarf zu decken oder ihren Schutz sicherzustellen.
(4) Kann im Verteidigungsfalle der Bedarf an zivilen Dienstleistungen im zivilen Sanitäts- und Heilwesen sowie in der ortsfesten militärischen Lazarettorganisation nicht auf freiwilliger Grundlage gedeckt werden, so können Frauen vom vollendeten achtzehnten bis zum vollendeten fünfundfünfzigsten Lebensjahr durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes zu derartigen Dienstleistungen herangezogen werden. Sie dürfen auf keinen Fall zum Dienst mit der Waffe verpflichtet werden.
(5) Für die Zeit vor dem Verteidigungsfalle können Verpflichtungen nach Absatz 3 nur nach Maßgabe des Artikels 80a Abs. 1 begründet werden. Zur Vorbereitung auf Dienstleistungen nach Absatz 3, für die besondere Kenntnisse oder Fertigkeiten erforderlich sind, kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes die Teilnahme an Ausbildungsveranstaltungen zur Pflicht gemacht werden. Satz 1 findet insoweit keine Anwendung.
(6) Kann im Verteidigungsfalle der Bedarf an Arbeitskräften für die in Absatz 3 Satz 2 genannten Bereiche auf freiwilliger Grundlage nicht gedeckt werden, so kann zur Sicherung dieses Bedarfs die Freiheit der Deutschen, die Ausübung eines Berufs oder den Arbeitsplatz aufzugeben, durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes eingeschränkt werden. Vor Eintritt des Verteidigungsfalles gilt Absatz 5 Satz 1 entsprechend.

**Artikel 13**
(1) Die Wohnung ist unverletzlich.
(2) Durchsuchungen dürfen nur durch den Richter, bei Gefahr im Verzuge auch durch die in den Gesetzen vorgesehenen anderen Organe angeordnet und nur in der dort vorgeschriebenen Form durchgeführt werden.
(3) Begründen bestimmte Tatsachen den Verdacht, daß jemand eine durch Gesetz einzeln bestimmte besonders schwere Straftat begangen hat, so dürfen zur Verfolgung der Tat auf Grund richterlicher Anordnung technische Mittel zur akustischen Überwachung von Wohnungen, in denen der Beschuldigte sich vermutlich aufhält, eingesetzt werden, wenn die Erforschung des Sachverhalts auf andere Weise unverhältnismäßig erschwert oder aussichtslos wäre. Die Maßnahme ist zu befristen. Die Anordnung erfolgt durch einen mit drei Richtern besetzten Spruchkörper. Bei Gefahr im Verzuge kann sie auch durch einen einzelnen Richter getroffen werden.
(4) Zur Abwehr dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit, insbesondere einer gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr, dürfen technische Mittel zur Überwachung von Wohnungen nur auf Grund richterlicher Anordnung eingesetzt werden. Bei Gefahr im Verzuge kann die Maßnahme auch durch eine andere gesetzlich bestimmte Stelle angeordnet werden; eine richterliche Entscheidung ist unverzüglich nachzuholen.
(5) Sind technische Mittel ausschließlich zum Schutze der bei einem Einsatz in Wohnungen tätigen Personen vorgesehen, kann die Maßnahme durch eine gesetzlich bestimmte Stelle angeordnet werden. Eine anderweitige Verwertung der hierbei erlangten Erkenntnisse ist nur zum Zwecke der Strafverfolgung oder der Gefahrenabwehr und nur zulässig, wenn zuvor die Rechtmäßigkeit der Maßnahme richterlich festgestellt ist; bei Gefahr im Verzuge ist die richterliche Entscheidung unverzüglich nachzuholen.
(6) Die Bundesregierung unterrichtet den Bundestag jährlich über den nach Absatz 3 sowie über den im Zuständigkeitsbereich des Bundes nach Absatz 4 und, soweit richterlich überprüfungsbedürftig, nach Absatz 5 erfolgten Einsatz technischer Mittel. Ein vom Bundestag gewähltes Gremium übt auf der Grundlage dieses Berichts die parlamentarische Kontrolle aus. Die Länder gewährleisten eine gleichwertige parlamentarische Kontrolle.
(7) Eingriffe und Beschränkungen dürfen im übrigen nur zur Abwehr einer gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr für einzelne Personen, auf Grund eines Gesetzes auch zur Verhütung dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung, insbesondere zur Behebung der Raumnot, zur Bekämpfung von Seuchengefahr oder zum Schutze gefährdeter Jugendlicher vorgenommen werden.

**Artikel 14**
(1) Das Eigentum und das Erbrecht werden gewährleistet. Inhalt und Schranken werden durch die Gesetze bestimmt.
(2) Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.
(3) Eine Enteignung ist nur zum Wohle der Allgemeinheit zulässig. Sie darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes erfolgen, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt. Die Entschädigung ist unter gerechter Abwägung der Interessen der Allgemeinheit und der Beteiligten zu bestimmen. Wegen der Höhe der Entschädigung steht im Streitfalle der Rechtsweg vor den ordentlichen Gerichten offen.

**Artikel 15**
Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel können zum Zwecke der Vergesellschaftung durch ein Gesetz, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt, in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft überführt werden. Für die Entschädigung gilt Artikel 14 Abs. 3 Satz 3 und 4 entsprechend.

**Artikel 16**
(1) Die deutsche Staatsangehörigkeit darf nicht entzogen werden. Der Verlust der Staatsangehörigkeit darf nur auf Grund eines Gesetzes und gegen den Willen des Betroffenen nur dann eintreten, wenn der Betroffene dadurch nicht staatenlos wird.
(2) Kein Deutscher darf an das Ausland ausgeliefert werden. Durch Gesetz kann eine abweichende Regelung für Auslieferungen an einen Mitgliedstaat der Europäischen Union oder an einen internationalen Gerichtshof getroffen werden, soweit rechtsstaatliche Grundsätze gewahrt sind.

**Artikel 16a**
(1) Politisch Verfolgte genießen Asylrecht.
(2) Auf Absatz 1 kann sich nicht berufen, wer aus einem Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaften oder aus einem anderen Drittstaat einreist, in dem die Anwendung des Abkommens über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten sichergestellt ist. Die Staaten außerhalb der Europäischen Gemeinschaften, auf die die Voraussetzungen des Satzes 1 zutreffen, werden durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, bestimmt. In den Fällen des Satzes 1 können aufenthaltsbeendende Maßnahmen unabhängig von einem hiergegen eingelegten Rechtsbehelf vollzogen werden.
(3) Durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, können Staaten bestimmt werden, bei denen auf Grund der Rechtslage, der Rechtsanwendung und der allgemeinen politischen Verhältnisse gewährleistet erscheint, daß dort weder politische Verfolgung noch unmenschliche oder erniedrigende Bestrafung oder Behandlung stattfindet. Es wird vermutet, daß ein Ausländer aus einem solchen Staat nicht verfolgt wird, solange er nicht Tatsachen vorträgt, die die Annahme begründen, daß er entgegen dieser Vermutung politisch verfolgt wird.
(4) Die Vollziehung aufenthaltsbeendender Maßnahmen wird in den Fällen des Absatzes 3 und in anderen Fällen, die offensichtlich unbegründet sind oder als offensichtlich unbegründet gelten, durch das Gericht nur ausgesetzt, wenn ernstliche Zweifel an der Rechtmäßigkeit der Maßnahme bestehen; der Prüfungsumfang kann eingeschränkt werden und verspätetes Vorbringen unberücksichtigt bleiben. Das Nähere ist durch Gesetz zu bestimmen.
(5) Die Absätze 1 bis 4 stehen völkerrechtlichen Verträgen von Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften untereinander und mit dritten Staaten nicht entgegen, die unter Beachtung der Verpflichtungen aus dem Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten, deren Anwendung in den Vertragsstaaten sichergestellt sein muß, Zuständigkeitsregelungen für die Prüfung von Asylbegehren einschließlich der gegenseitigen Anerkennung von Asylentscheidungen treffen.

**Artikel 17**
Jedermann hat das Recht, sich einzeln oder in Gemeinschaft mit anderen schriftlich mit Bitten oder Beschwerden an die zuständigen Stellen und an die Volksvertretung zu wenden.

**Artikel 17a**
(1) Gesetze über Wehrdienst und Ersatzdienst können bestimmen, daß für die Angehörigen der Streitkräfte und des Ersatzdienstes während der Zeit des Wehr- oder Ersatzdienstes das Grundrecht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten (Artikel 5 Abs. 1 Satz 1 erster Halbsatz), das Grundrecht der Versammlungsfreiheit (Artikel 8) und das Petitionsrecht (Artikel 17), soweit es das Recht gewährt, Bitten oder Beschwerden in Gemeinschaft mit anderen vorzubringen, eingeschränkt werden.
(2) Gesetze, die der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung dienen, können bestimmen, daß die Grundrechte der Freizügigkeit (Artikel 11) und der Unverletzlichkeit der Wohnung (Artikel 13) eingeschränkt werden.

**Artikel 18**
Wer die Freiheit der Meinungsäußerung, insbesondere die Pressefreiheit (Artikel 5 Abs. 1), die Lehrfreiheit (Artikel 5 Abs. 3), die Versammlungsfreiheit (Artikel 8), die Vereinigungsfreiheit (Artikel 9), das Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis (Artikel 10), das Eigentum (Artikel 14) oder das Asylrecht (Artikel 16a) zum Kampfe gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung mißbraucht, verwirkt diese Grundrechte. Die Verwirkung und ihr Ausmaß werden durch das Bundesverfassungsgericht ausgesprochen.

**Artikel 19**
(1) Soweit nach diesem Grundgesetz ein Grundrecht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes eingeschränkt werden kann, muß das Gesetz allgemein und nicht nur für den Einzelfall gelten. Außerdem muß das Gesetz das Grundrecht unter Angabe des Artikels nennen.
(2) In keinem Falle darf ein Grundrecht in seinem Wesensgehalt angetastet werden.
(3) Die Grundrechte gelten auch für inländische juristische Personen, soweit sie ihrem Wesen nach auf diese anwendbar sind.
(4) Wird jemand durch die öffentliche Gewalt in seinen Rechten verletzt, so steht ihm der Rechtsweg offen. Soweit eine andere Zuständigkeit nicht begründet ist, ist der ordentliche Rechtsweg gegeben. Artikel 10 Abs. 2 Satz 2 bleibt unberührt.

**Artikel 20**
**(1) Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.**
**(2) Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt.**
**(3) Die Gesetzgebung ist an die verfassungsmäßige Ordnung, die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung sind an Gesetz und Recht gebunden.**
**(4) Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.**

»JOURNALISMUS IST, ZU DRUCKEN, WAS ANDERE NICHT GEDRUCKT HABEN WOLLEN. ALLES ANDERE IST PROPAGANDA.« GEORGE ORWELL

***Art. 146** Dieses Grundgesetz, das nach Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands für das gesamte deutsche Volk gilt, verliert seine Gültigkeit [erst] an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist.*